Sonnabend, 30. April 1932
Nr. 102. Jahrg. 1932

Preis 10 Pfg.

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

A 1

Zerschlagung der Sozialversicherung

Stegerwald kündigt den neuen Unterstützungsraub an

Keine Staatszuschüsse mehr

Auf der Reichstagung des Verbandes der katholischen kaufmännischen Vereinigungen in Erfurt entwickelte der Reichsarbeitsminister am Freitag, den 29. April, das neue Lohn- und Sozialabbauprogramm der Regierung. Wie auch Stegerwald noch keine konkreten Angaben über die einzelnen Pläne machte, so zeigt seine Rede doch, daß es kein Gebiet der Sozialpolitik oder der Arbeitstarife gibt, wo nicht neue, gewaltige Verschlechterungen eintreten sollen.

Stegerwald führte nach der „Tel-Union" u. a. folgendes aus:

Wir stehen gegenwärtig vor einem ungeheuren Weltdurcheinander. Auch in Deutschland herrscht auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik noch eine große Verwirrung. Wir leben in einem Zeitalter der internationalen Konzern-, Kartell- und Trustwirtschaft. Daneben muß daß Reich Stützungspolitik über Stützungspolitik gegenüber Banken, Genossenschaften, Großschiffahrt, östlicher Landwirtschaft usw. betreiben. Von Arbeitgeberseite wird der Reichsarbeitsminister immer stärker bedrängt, im Hinblick auf die sechs Millionen Arbeitslosen den staatlichen Lohnschutz durch Aufhebung der Vorschriften über die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen zu beseitigen. Dieses Verlangen läuft darauf hinaus, daß in einem weltwirtschaftlichen Erkrankungszustand ohnegleichen durch den Staat alles mit Ausnahme der menschlichen Arbeitskraft geschützt und gestützt werden soll. Solange ich Arbeitsminister bin, lehne ich das nachdrücklichst ab. (!)

Die staatliche Lohnpolitik kann natürlich den Arbeitern der Binnengewerbe nicht wesentlich höhere Löhne zubilligen als etwa den Gewerben und Industrien, die dem Weltwettbewerb ausgesetzt sind. Die Handhabung der Lohnpolitik ist gegenwärtig eine der schwierigsten Staatsaufgaben. Die Arbeitgeber sehen in ihr eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Wirtschaftserstarrung Deutschlands. **In Arbeitnehmerkreisen sieht man in dem Staat weitgehend die Lohnsenkungsmaschine.** M. E. sind beide Annahmen falsch. Die staatliche Lohnpolitik hat während der größten Krisis eines Jahrhunderts die Aufgabe, zu verhindern, daß bei der ungleichen Kräftelagerung der Lohn der breiten Arbeitnehmerschichten nicht ins Uferlose sinkt. (Das ist schon geschehen. Die Red.) Sie hat weiterhin die Aufgabe, die Parteien möglichst weitgehend zu freiwilligen Vereinbarungen zu bringen, das beiderseitige Verantwortungsbewußtsein zu stärken und dafür zu sorgen, daß der wirtschaftlichen Vernunft nicht der Weg verlegt wird. (Also freiwilliger Lohnabbau. Die Red.)

Die gesetzliche Sozialversicherung, insbesondere die Arbeitslosenfürsorge und die Invalidenversicherung, befindet sich gegenwärtig in einer sehr schwierigen Lage.

Für das Jahr 1932 fehlen den Fürsorgeeinrichtungen und Versicherungszweigen noch viele Hunderte von Millionen Mark. Mit Beitragserhöhungen und Steuererhöhungen ist dem Fehlbetrag nicht wesentlich beizukommen. Damit würde nur neue Arbeitslosigkeit geschaffen.

In den nächsten Wochen muß eine Kombination zwischen Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenfürsorge gefunden werden, mit der wir über das Jahr 1932 hinüberkommen.

Auch die Invalidenversicherung muß ins Gleichgewicht gebracht werden. Auf längere Sicht gesehen, werden sich **grundlegende Aenderungen der gesetzlichen Sozialversicherung nicht vermeiden lassen.** M. E. kommen wir nicht darum herum, die Sozialversicherung in steigendem Maße den Versicherten zu überantworten. Damit würden sowohl der Streit über die staatliche Sozialpolitik als auch der Streit zwischen Arbeitgebern und Versicherten weitgehend zurückgedrängt werden können.

Die Arbeitgeber hätten einen durch Gesetz festzusetzenden Beitrag zu entrichten, wofür sie in bestimmten Fragen mitzuentscheiden hätten, während für den Rest des Beitrags **die Versicherten selbst aufzukommen** hätten, wie ihnen auch die Durchführung der Sozialversicherung bei entsprechender Staatsaufsicht einzuräumen wäre.

Auch das gegenwärtige Organisationswesen in unserer Wirtschaft erweist sich immer mehr als eine Unmöglichkeit. Heute setzen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den einzelnen Gewerben und Wirtschaftszweigen meist nur um den Lohn auseinander. Dabei ist die Lohnfrage doch nur ein kleiner Ausschnitt aus den Gesamtvorgängen in der Welt- und Volkswirtschaft. Ich könnte eine sehr große Aufgabe des Reichswirtschaftsrates darin sehen, daß er Vorschläge darüber herauskristallisiert, wie die einzelnen Zweige der Wirtschaft auf den verschiedensten Gebieten aufeinander abzustimmen sind.

*

Was Stegerwald hier in bezug auf die Löhne, d. h. neuen Lohnabbau auf der ganzen Linie, sagt, ist von ihm schon früher dargelegt worden und wird von seinen Schlichtern schon jetzt praktisch durchgeführt. Sein Gerede, daß er auch den „zu weitgehenden" Unternehmerforderungen entgegentrete, ist durch die Praxis widerlegt. Bisher wurden in dieser Hinsicht so gut wie alle Unternehmerwünsche erfüllt.

Das Schwergewicht seiner jetzigen Rede liegt auf sozialpolitischem Gebiet. Der von Stegerwald angekündigte Plan, wonach die sozialen Versicherungen sich selbst ohne Staatszuschüsse tragen sollen, heißt nichts anderes, als

alle Arbeitslosen, Invaliden und Altersunterstützungen um mehr als die Hälfte abzubauen.

Es bedeutet, daß die wenigen noch in Arbeit stehenden Proletarier die ganze Last der Krise, die ganze Last der notwendigen Sozialunterstützung allein tragen sollen. Da das unmöglich ist, bleibt für Millionen von Arbeitslosen und Invaliden kein Pfennig Unterstützung mehr.

Während der Staat Milliarden von Subventionen an das bankrotte Kapital verpulvert, will er sich jetzt von seiner Pflicht gegenüber den Opfern der kapitalistischen Wirtschaft drücken. Das ist das neue Brüning-programm. Für die Arbeiterklasse gibt es hier nur: Kampf mit allen Mitteln oder völliger Untergang in Elend und Barbarei.

Bombenattentat in Schanghai

Fünf Würdenträger einer Truppenparade der Besatzungsarmee schwer verletzt — Japanische Repressalien und Verschärfung der Kriegshetze

Schanghai, 29. April 1932.

Während einer großen japanischen Truppenparade zu Ehren des Geburtstages des Mikado im Schanghaier Hongkepark wurde gegen die Tribüne, auf der die Generale und Würdenträger der imperialistischen Besatzungsmacht der Japaner versammelt waren, eine Bombe geworfen. Die Explosion verwundete den japanischen Gesandten in China, Schigemitsu, lebensgefährlich, schwere Verletzungen trugen der Oberbefehlshaber, General Schirakaba, der General Uyuda, der japanische Generalkonsul Murai und der Admiral Nomura davon. Unter den zehntausend in den Park kommandierten japanischen Zuhörern brach eine Panik aus. Der Hongkepark, der innerhalb der internationalen Siedlung liegt, wurde abgeriegelt, die Tausende von Zuschauern durch japanische Soldaten nach Waffen untersucht. Schließlich wurde ein Koreaner, der 25 Jahre alte Jenhokitsu, festgenommen. Bei seiner Festnahme wurde er fast gelyncht, seine Verwundungen dann aber als Beweis für seine Teilnahme am Attentat angenommen. Außerdem wurden noch sieben Personen, Russen, Chinesen und Koreaner, verhaftet.

Die Meldungen der japanischen Behörden verbreiten eine bewußte antichinesische und antirussische Hetze. Chinesische Täter kommen überhaupt nicht in Frage, da der Park für Chinesen während der Parade abgesperrt war. Ohne vorangegangene Untersuchung wird weiter verbreitet, daß der verdächtige Koreaner, von dem noch gar nicht feststeht, daß er die Bombe geworfen habe, zum Kreis der provisorischen koreanischen Regierung gehöre, die im Einvernehmen mit der Kuomintang, der chinesischen Volkspartei steht. Er soll Mitglied der nationalrevolutionären koreanischen Terroristengruppe „Hyeng" sein. Doch handelt es sich um eine bloße Vermutung.

In anderen Hetzmeldungen wird verbreitet, daß ein russischer Parkwächter verhaftet sei, um jedenfalls die Möglichkeit von Beziehungen der Sowjet-Union zu den Attentätern vermuten zu lassen. Jedoch ist von vornherein klar, daß nur ein russischer Emigrant weißgardistischer Richtung in der Schanghaier internationalen Niederlassung Parkwächter sein kann.

Das Attentat, von dem noch nicht einmal feststeht, ob es sich nicht um Lockspitzelarbeit handelt, ist ein Signal dafür, zu welchen Verwickelungen die Räuberpolitik des japanischen Imperialismus in China treibt.

Die japanische Regierung nimmt schon jetzt das Attentat zum Vorwand für Erklärungen, daß vorläufig eine Räumung der besetzten Zone nicht in Frage käme. Sie hat den Stadtteil Tschapei in der Chinesenstadt besetzen lassen, um die chinesische Arbeiterbevölkerung dort „vor Repressalien zu schützen!" Man kann nur sagen, daß dieses Attentat den japanischen Unterdrückern sehr gelegen kommt.

Boykott japanischer Waren in Hankau

Hankau, 29. April 1932.

Die japanische Firma Mitsui hat die japanische Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß alle chinesischen Firmen und Behörden in Hankau beschlossen hätten, japanische Waren zu boykottieren. Die Firma bittet die japanische Regierung um Hilfe. Die Boykottbewegung sei ein Bruch der chinesischen Versprechungen.

In jeder Versammlung, bei jeder Hausagitation die Broschüre anbieten:

„Prolet greif zu!"

Flammenzeichen des Krieges

Im Januar dieses Jahres begann die militärische Intervention des japanischen Imperialismus in China. Wenn sie auch durch die europäische Presse bis in die letzten Wochen hinein absichtlich nur als eine „Polizeiaktion" geschildert wurde, so ist sie tatsächlich ein Krieg, den Japan gegen China führt, ein Krieg mit allen modernen Waffen, mit unerhörter Brutalität und allen Schrecknissen der modernen Kriegstechnik.

Unmerklich hat sich die Situation im Fernen Osten verschärft. Nach der Okkupation der Mandschurei, eines Gebietes von fast einer Million Quadratkilometer, mit etwa 22 Millionen Einwohnern, ließ Japan das besetzte Gebiet durch ihm unterstellte Militärs als „unabhängig" erklären. Hinter dieser Unabhängigkeit blitzen ungeschminkt die japanischen Maschinengewehre. Dagegen ist Japans Versuch, in Shanghai festen Fuß zu fassen, ins Stocken geraten. Nichts illustriert so gut die Ohnmacht und Widersinnigkeit des Völkerbundes, dieses Instruments der imperialistischen Mächte, als die Ereignisse im Fernen Osten. Die Abrüstungskonferenz, die in Genf tagt und tiefsinnige Betrachtungen über die Abrüstung anstellt, der Rat des Völkerbundes, der Japans Erklärungen „zur Kenntnis" nimmt, und Untersuchungskommissionen einsetzt, das ist der beste Anschauungsunterricht auch für die, die noch Illusionen über den Friedenswillen der imperialistischen Mächte hatten.

Der Krieg im Fernen Osten beleuchtet blitzartig die Weltkrise, die neuen Zusammenballungen der Konfliktstoffe, die internationalen Verflechtungen und Gegnerschaften der Mächte, die drohende Katastrophe, die nicht nur in Asien, sondern auch Europa und Amerika in den Wirbel hineinziehen wird. Die Gefahr eines Konfliktes zwischen Japan und Sowjetrußland wird immer drohender. Die von Japans Gnaden errichtete mandschurische Regierung unterläßt nichts, um die Sowjetrepublik zu provozieren. Die Konzentration von Truppen nahe der russischen Grenze wird von Japan weiter betrieben, und die Absicht, den russischen Einfluß auf die ostchinesische Eisenbahn, die die wichtigste Verbindung zwischen Sibirien und Wladiwostik ist, auszuschalten, wird aus vielen Maßnahmen der Japaner ersichtlich. Der japanische Imperialismus verfolgt hier seine alten Ziele, die heute für ihn infolge der schweren Wirtschaftskrise noch aktueller geworden sind. Unlängst wurde das geheime Memorandum über „positive Politik in der Mandschurei", verfaßt von dem japanischen Premierminister Tanaka, vom 25. Juli 1927 veröffentlicht. Ueber Sowjetrußland schreibt der Verfasser des Memorandums folgendes:

„Wird die Sowjetrußland gehörende Ostchinesische Bahn sich in diesem Gebiet entwickeln, so wird unsere neue Kontinentalpolitik dadurch beeinträchtigt, und dies wird in der nächsten Zukunft unfehlbar zu einem Konflikt mit Sowjetrußland führen. In diesem Falle werden wir erneut die Rolle spielen müssen, die wir im Russisch-Japanischen Krieg gespielt haben. Die Ostchinesische Bahn wird unser werden, wie es die Südmandschurische geworden ist und wir werden Kirin in unsere Hände bekommen in der gleichen Weise, wie wir damals Dairen annektiert haben. Das Programm unserer nationalen Entwicklung schließt augenscheinlich die Notwendigkeit ein, in der Mongolei unsere Waffen mit Rußland zu kreuzen, um uns der Reichtümer der Nordmandschurei zu bemächtigen." . . .

„Die Mandschurei und die Mongolei sind jene Ostländer, die überhaupt noch unentwickelt sind. Früher oder später werden wir hier gegen Sowjetrußland Krieg zu führen haben und die Kämpfe werden sich in Kirin abspielen."

Was Japan unter der „Unabhängigkeit" der Mandschurei und Mongolei versteht, darüber klärt uns das Memorandum mit folgenden Ausführungen auf:

„Mandschurei und Mongolei — das ist das Belgien des Fernen Ostens. Im großen Weltkrieg ward Belgien zum Schlachtfeld. In unseren Kriegen mit Rußland und den Vereinigten Staaten werden wir die Mandschurei und die Mongolei allen Schrecken des Krieges aussetzen müssen. Da es klar ist, daß wir die Neutralität dieser Territorien verletzen müssen, so müssen wir auch unbedingt die Bahnen Kirin—Hoinin und Tschantschun—Talai bauen . . ."

Japan wird durch eine schwere Krise erschüttert. Besonders schwer wirkt sich diese Krise in seiner Schwerindustrie aus. Die Produktionsziffern zeigen einen allgemeinen Niedergang der Industrie. Einen schweren Schlag für Japans Ausdehnungsbestrebungen bildete der von den Chinesen proklamierte Boykott der japanischen Waren. Davon wurde am schwersten die japanische Textilindustrie betroffen. Japans Export für das erste Halbjahr 1930 ist im Vergleich mit den entsprechenden Monaten des Jahres 1929 um etwa die Hälfte gesunken. Japan aber kann bei der geringen Aufnahmefähigkeit seines inneren Marktes auf die fremden Märkte, und das ist vor allem der asiatische Markt, nicht verzichten. Aber Japans Industrie leidet auch Mangel an Kohle und Eisenerz. Und deshalb ist die Mandschurei für sie auch die erwünschte Rohstoffquelle.

Der japanische Imperialismus benützt den gegenwärtigen Augenblick der internationalen Lage, um Europa und Amerika vor vollendete Tatsachen zu stellen. Daß der Brandherd im Fernen Osten sowohl England wie Frankreich und Amerika angeht, daß der japanische Imperialismus die Gelegenheit benützen will, Sowjetrußland, den Arbeiter- und Bauernstaat, der heute alle seine Kräfte für den sozialistischen Aufbau anspannt, anzugreifen, das wird bei einer nüchternen Untersuchung der Tatsachen klar. Japan will nicht nur den chinesischen Markt erobern, sondern wie die „New York Times" schreiben, kamen die Japaner zur Ueberzeugung, daß die russischen Stahl- und Montanwerke in Kusnetzk und Magnitogorsk wie die zweite transsibirische Eisenbahn, deren Bau geplant ist, gegen Japan gerichtet sind. Wenn Sowjetrußland heute schwach ist, so wird es in fünf oder zehn Jahren, nachdem seine Industrialisierung vollzogen ist, das Transportprogramm ausgeführt wird, stark genug sein, um Japan mit größerem Erfolg entgegenzutreten als Rußland im Jahre 1905. Die japanische Antwort darauf muß in der Kontrolle der strategischen Eisenbahnen in der Mandschurei, in der inneren Mongolei bestehen und in der Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie in der Mandschurei. Japan würde ohne Hilfsquellen, abhängig vom chinesischen Beamtentum in der Mandschurei, Sowjetrußland keinen Widerstand leisten können. Aber Japan, das die Mandschurei ökonomisch beherrscht, die mandschurischen Eisenbahnen in der Hand hat, kann in guten Verhältnissen zu Sowjetrußland leben, weil die Stärkung der japanischen Position in der Mandschurei die Gefahren seitens Sowjetrußlands mindert."

Aehnliche Erklärungen kann man auch in der japanischen Presse finden. Offenbar will Japan mit diesen Aeußerungen die anderen imperialistischen Mächte für das aktive Auftreten gegen Sowjetrußland gewinnen. Die letzten Nachrichten zeigen, daß infolge der Kriegsaktionen im Fernen Osten nicht nur die europäische und amerikanische Kriegsindustrie eine Belebung erfahren hat, sondern daß auch die von Frankreich abhängigen Staaten, wie Polen, die Tschechoslowakei, Rumänien ihre Rüstungen vermehren. Es ist klar, daß der Stoß gegen Sowjetrußland gerichtet wird.

Die Gefahren, die in dieser Situation für die internationale Arbeiterschaft liegen, müssen jedem Arbeiter begreiflich gemacht werden. Sowjetrußland, der Staat der Diktatur des Proletariats wird heute bedroht. Die Arbeiterklasse Rußlands schafft jetzt die Grundlagen für die Verwirklichung des Sozialismus. Am 1. Mai, an diesem Kampftag der Arbeiterklasse der ganzen Welt, müssen wir unsere Stimme erheben, müssen wir unsere unverbrüchliche Solidarität mit der Sowjetunion bekunden, auf die drohenden Gefahren hinweisen, uns schützend vor Sowjetrußland stellen und den Kapitalisten aller Länder warnend zurufen:

Hände weg von Sowjetrußland!

Brünings Abschied von Genf

„Zwischenstufe zwischen Krieg und Frieden"

Vor seiner Abreise in Genf lud Brüning am Donnerstag abend noch die internationale Presse zur Entgegennahme von Erklärungen ein. Brüning gab darin einen Ueberblick über die bisherigen Verhandlungen und drückte sein Bedauern über die Erkrankung Tardieus aus. Natürlich versäumte Brüning nicht, noch einmal, und zwar mit betonter Unterstreichung, den Standpunkt der deutschen Regierung zu entwickeln. U. a. erklärte Brüning:

„Trotz aller nicht zu leugnenden Schwierigkeiten bin ich fest davon überzeugt, daß es möglich sein wird, die Dinge in Europa zu meistern, wenn man den Tatsachen ins Auge sieht und entschlossen ist, vom Boden der Wirklichkeit aus an die Aufgaben auf einmal und so schnell als möglich heranzutreten, um Schluß zu machen mit der

Zwischenstufe zwischen Krieg und Frieden, auf der wir stehen. Wir müssen zu einem wirklichen Frieden kommen, der keine Taktik ist und der zu einem wirklichen Frieden Europas und der ganzen Welt führt."

Das ist eine kaum mehr verhüllte Drohung, denn indem Brüning von dem gegenwärtigen Zustand als von einer „Zwischenstufe zwischen Krieg und Frieden" spricht, erklärt er dem Versailler Friedensvertrag den Krieg. So ist die Brüningsche Rede auch in Paris verstanden worden.

Brünings Erklärungen waren indessen nicht nur an die Adresse des Auslands gerichtet. Sie galten nicht weniger Deutschland selbst, denn da Brüning mit leeren Händen aus Genf nach Hause kehrt, wollte er durch die Rede wenigstens den Nachweis erbringen, daß er die Wünsche, mit denen der deutsche Nationalismus ihn nach Genf begleitete, ganz und gar nicht vergessen und auch den Mut hat, diese vor dem Forum des Auslands zu vertreten. Das Echo, das Brünings Erklärungen in der Rechtspresse gefunden hat, deuten aber nicht darauf, daß man dort bereit wäre, mit einer solchen Geste sich zufrieden zu geben. Der deutsche Nationalismus will mehr, und weil Brüning dieses Mehr nicht mitbringt, dürfte schon in naher Bälde seine Stellung erschüttert sein.

Eine neue Diplomaten-Konferenz

Genf, 28. April 1932.

Nach Mitteilung von englischer Seite besteht der Plan einer neuen Zusammenkunft zwischen Brüning, Tardieu und MacDonald in der Woche nach Pfingsten. Vorläufig ist der 18. Mai dafür in Aussicht genommen. Es soll dann versucht werden, diejenigen Fragen zu behandeln, die jetzt infolge der Erkrankung Tardieus nicht eingehend durchberaten werden konnten. Man nimmt auf englischer Seite an, daß in dieser Besprechung vor allem die Grundfragen der Abrüstung, die Frage der Gleichberechtigung Deutschlands und die französischen Internationalisierungspläne behandelt werden.

Die Abrüstungskonferenz wird während der Pfingstferien ihre Arbeiten vom 13. bis 17. Mai für vier Tage unterbrechen. Die vorgesehene neue Zusammenkunft zwischen Brüning, Tardieu und Mac Donald würde damit am Tage der Wiederaufnahme der Arbeiten der Abrüstungskonferenz stattfinden.

Bestialischer Fememord der SA aufgedeckt

Am 24. April wurde, wie bekannt, der Bautechniker Hugo Freeck erschlagen und in einem Garten am Bahndamm Steglitz—Berlin tot aufgefunden. Es hieß, er sei im betrunkenen Zustande das Opfer von Privathändeln geworden.

Jetzt wurde aufgedeckt, daß ein bestialischer Fememord der Nazis vorliegt. Freeck wurde am 23. April abends von drei Nazis, nämlich dem 21jährigen kaufmännischen Angestellten Egon Seibel (Mitglied der SA), dem 28jährigen Akademiker Erwin Soldau (Mitglied der SA) und dem 21jährigen Schmied Hans Zwilinski (Mitglied der SA) in viehischer Weise erschlagen und dann über den Zaun in den Garten geworfen. Die Täter sind verhaftet, sie bestreiten die Tötungsabsicht. Sie hätten Freeck nur einen „Denkzettel" geben wollen. Die SA-Banditen hielten Freeck für einen Verräter. In der Trunkenheit hatte Freeck in einem nationalsozialistischen Lokal erzählt, er sei einmal SA-Mann in Charlottenburg gewesen, konnte aber den Sturm nicht angeben. Diese Erzählung, die einfach eine Prahlerei des Trunkenen gewesen sein dürfte, genügte, um die Femegruppe der SA auf Freeck zu hetzen. Da er auch einmal beim Biertrinken in einem Lokal beobachtet wurde, in dem Arbeiter und Kommunisten verkehren, genügte das den Fememördern. Freeck wurde am Sonnabend auf dem Nachhausewege von den drei Mördern niedergemacht. Sie schlugen solange auf Freeck ein, bis er leblos zu Boden sank. Dann warfen sie ihn über den Zaun.

Die Fememörder aus der Schwarzen Reichswehr sind Spitzenführer der Nationalsozialistischen Partei. Es versteht sich, daß sie unter den Mitgliedern der SA ihr gewohntes Handwerk weiter lehren.

Eine besondere Lumperei leistet sich die Hugenbergsche Telegrafen-Union, die die Meldung über die Verhaftung der drei SA-Mörder mit der Überschrift „Kommunistischer Spitzel von Nationalsozialisten erschlagen" versieht.

Polizei schießt auf Streikende

TU. Warschau, 29. April 1932.

In dem kleinen Städtchen Hajnowka kam es am Donnerstag während einer Kundgebung streikender Arbeiter der dortigen staatlichen Sägemühle zu einem blutigen Zusammenstoß mit der Polizei. Die Arbeiter hatten sich vor dem Gebäude der Polizeiverwaltung versammelt und forderten die Freilassung von zwei Arbeitern, die tags zuvor verhaftet worden waren. Die Polizei machte von der Schußwaffe Gebrauch. Ein Arbeiter wurde bei der Schießerei getötet. Einige Arbeiter trugen Verletzungen davon.

Naziregierungsblock in Anhalt

Die Telegraphen-Union meldet aus Dessau:

Von den anhaltischen Rechtsparteien wurde am Donnerstag abend folgende Mitteilung ausgegeben: „Die am 28. April im „Kaiserhof" in Dessau zu einer Besprechung zusammengetretenen Vertreter der NSDAP und der bürgerlichen Fraktionen des neugewählten Landtages beschlossen in grundsätzlicher Einigkeit über die seitens der Nationalsozialisten vorgeschlagenen Grundsätze, sich zu einer Regierungskoalition zusammenzuschließen. Ziel dieser gemeinsam zu bildenden nationalen Regierung ist nach allseitigem Willen der anwesenden Vertreter die Beseitigung der durch marxistische Mißwirtschaft entstandenen Volksschäden an materiellem und ideellem Gut der anhaltischen Volksgenossen durch eine nationale, soziale und christliche Aufbauarbeit."

★

In Anhalt verfügen die Nationalsozialisten über 15 Mandate, die Volkspartei und die Deutschnationalen über je 2, die Haus- und Grundbesitzerliste, das Zentrum und die Staatspartei über je ein Mandat. Ihnen stehen 12 sozialdemokratische und 3 kommunistische Mandate gegenüber. Aus der Meldung geht nicht hervor, welche „bürgerliche Fraktion" mit den Nazis den Anhaltischen Regierungsblock bildet. Jedoch genügen zur Mehrheit schon die Dingeldeyleute und die Hugenberger. Die Nazikoalition wird also je nachdem ob sie Zentrum oder Hausbesitzer einschließt, über 19 oder 21 Mandate gegen die 16 oder 17 Mandate der Arbeiterparteien, des Zentrums und der Staatspartei verfügen. Die „nationale, soziale und christliche Aufbauarbeit" nach dem Muster von Klaggestan kann also beginnen. Die erste Auswirkung der Wahlniederlage und eine neue Verstärkung der Hitlerfront.

Der Landtag soll am 17. Mai zusammentreten.

Der Subventionsskandal in Deutschland

TU. Berlin, 29. April 1932.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages kam nach eingehender Erörterung der Verwaltung bei der Kreditgemeinschaft „gemeinnütziger" Selbsthilfe-Organisationen Deutschlands, die Reichsmittel erhalten hat, zu der Auffassung, daß hier der Rechnungshof des Deutschen Reiches

wegen der außerordentlichen Höhe der Verwaltungs- und Gehaltsausgaben eingreifen müsse.

Es wurde bedauert, daß die verantwortlichen Reichs- und Länderstellen dieser Kreditgemeinschaft einen so erstaunlich selbständigen Verbrauch öffentlicher Mittel gestattet hätten. Ein Regierungsvertreter wies hierzu darauf hin, daß bisher keine rechtliche Möglichkeit vorhanden gewesen sei, in das Geschäftsgebaren dieser Organisation einzugreifen. Jetzt aber sei Vorsorge getroffen, daß die öffentliche Hand größere Machtmittel erhalte.

Der sächsische Volksentscheid gültig

TU. Dresden, 29. April 1932.

Der Landeswahlausschuß hat am Freitag der Beschwerde wegen angeblicher Wahlbeeinflussung beim letzten Volksentscheid einstimmig als unerheblich und gegenstandslos abgelehnt. Die Einstimmigkeit ist insofern beachtenswert, als sich im Landeswahlausschuß auch ein Vertreter der NSDAP befindet, die das Volksentscheidsergebnis wegen gewlatsmaer Wahlbeeinflussung angefochten hatte.

Schweres Straßenbahn-Unglück

TU. Prag, 29. April 1932.

In Mährisch-Ostrau fuhren zwei Straßenbahnwagen infolge falscher Weichenstellung aufeinander. Der eine Wagen, in dem sich viele Schulkinder befanden, wurde fast vollständig zertrümmert. Zwei Polizisten und zwei Frauen wurden verletzt. Weitere 41 Personen, meist Schulkinder, trugen leichtere Verletzungen davon.

DU, GENOSSIN

UND DU, GENOSSE!

Was habt Ihr für Eure Zeitung, für die SAZ

Die Tageszeitung der Werktätigen

getan

Beilage zur SAZ

Nr. 102. Jahrg. 1932
Sonnabend, 30. April 1932

Ein Wunderwerk der Technik

Das Schiffshebewerk in Niederfinow

In der Nähe von Eberswalde, bei Niederfinow, geht ein riesiges Bauwerk seiner Vollendung entgegen. Ein neues Meisterwerk der Technik, das größte Schiffshebewerk der Welt ist dort im Bau begriffen. Die gewaltigen Ausmaße sind schon im Rohbau erkennbar.

Auf dem Wasserweg Berlin—Stettin stellt in der Oderbrucher Gegend der Hohenzollernkanal die Verbindung mit der Oder her. Der Höhenunterschied kurz vor der Einmündung in die Oder beträgt 36 Meter. Dem Wanderer bietet sich hier ein sonderbares Bild. Vom hochgelegenen Hohenzollernkanal geht der Blick tief hinab ins Odertal. Die Eberswalder Chaussee schlängelt sich dort weit unten durch das Gelände und verschwindet dann plötzlich unterhalb des Kanals an der Stelle, wo sich Chaussee und Kanal kreuzen.

Bis jetzt wird nun für die Schiffahrt die Höhendifferenz von 36 Meter durch ein Schleusenwerk ausgeglichen, welches in vier Stufen das Durchschleusen der Schiffe vermittelt. Für diese Arbeit ist eine Zeit von über zwei Stunden nötig. Das führte in dem äußerst regen Schiffsverkehr zu Stockungen, die sich lähmend für die Schiffahrt bemerkbar machten. Ein Ausweg mußte daher gefunden werden. Es wurde der Bau eines Hebewerkes in Angriff genommen. Mit Hilfe dieses Werkes wird sich nunmehr das Durchschleusen nicht mehr in mehreren, sondern in nur einer Arbeitsstufe vollziehen.

Die neue Anlage besitzt fahrstuhlmäßigen Betrieb. Die Schiffe werden herauf- und heruntergefahren. Schon aus dieser Funktion geht hervor, daß das Hebewerk kein Bauwerk schlechthin ist, sondern vielmehr eine gewaltige, komplizierte Maschine, die präzise und sicher arbeiten muß. Unter solchen Gesichtspunkten betrachtet, hat das Schiffshebewerk eine ganz besondere technische Bedeutung.

Die Hebeanlage besteht aus dem Hebewerksgerüst, der beweglichen Wanne und aus der Kanalbrücke, die den Anschluß an den Hohenzollern-Kanal bildet. Das Hebewerk, in dem sich die mit Wasser gefüllte Wanne auf- und abbewegt, hat eine Höhe von 60 und eine Gesamtlänge von ca. 100 Metern. Die Wanne verfügt über eine Länge von 80 und eine Breite von 12 Metern. Sie wird 2,5 Meter hoch mit Wasser gefüllt und kann ein Gewicht, einschließlich der Fracht, bis zu 4,2 Millionen Kilogramm erreichen. Dieses enorme Gewicht wird ausbalanciert durch 192 Gegengewichte zu je 22 000 Kilogramm. An den beiden Seiten des Hebewerkes laufen über 3½ Meter große Seilscheiben je 128, insgesamt also 256 armdicke Drahtseile, die einerseits die Wanne und an den anderen Enden die Gegengewichte tragen. Durch vier Elektromotore von je 75 PS Leistung wird der gesamte Mechanismus in Gang gesetzt, und die Motoren haben bei dieser Arbeit auf Grund des Gleichgewichtes zwischen Wanne und Gegengewichten nur die Reibungswiderstände zu überwinden. Jeder Motor arbeitet auf einem Zahnradvorgelege, welches sich aus einem kleinen Zahnrad und einer Zahnstange mit kräftigen, runden Sprossen zusammensetzt. Die Zahnstangen sind an der Wanne befestigt, so daß demnach infolge des Eingreifens der Zahnräder die Bewegung vor sich gehen kann. Hierbei erreicht die Wanne in ihrer Auf- und Abwärtsbewegung eine Geschwindigkeit von ca. 7 Meter pro Minute, und die Schiffe benötigen daher für den Transport im Hebewerk selbst die kurze Zeit von 5 Minuten.

Das Schiff, welches vom Hohenzollern-Kanal über die Kanalbrücke in das Hebewerk, respektive in die Wanne getreidelt wird, kann nach zwanzig Minuten seine Weiterfahrt wieder aufnehmen, so daß große Zeitverluste für die Schiffahrt in Zukunft nicht mehr eintreten werden.

Bei diesem Schiffshebewerk handelt es sich um einen genau arbeiterden Mechanismus, der die sorgfältigste Arbeit zur Voraussetzung macht. Das Ausrichten der Stahlgerüste, die genaue Führung der Wane, die Montage der schweren Stahlteile als Millimeterarbeit sowie die feste Verankerung der Betonblöcke waren mit großen Schwierigkeiten verknüpft. Große Mengen von Baumaterial, an 72 000 Kubikmeter Eisenbeton, ca. 10 000 Tonnen Stahl hat diese riesige Anlage verschlungen.

Die Herstellung der Fundamente wurde sorgfältig überwacht. Man brachte die Betonblöcke in Verbindung mit einer Stahlsaite, von der ständig ein Ton abgenommen wurde. Der Klang dieser Saite gab dem Kontroll-Ingenieur bekannt, ob die Fundamentierungsarbeiten verläßlich genug sind.

Gerade wegen all dieser Schwierigkeiten, die sich durch das unbedingte Einhalten der größten Genauigkeit ergaben, steht das Hebewerk einzigartig da und kann mit Recht als technische Höchstleistung gewertet werden.

Das Unglück auf der Concordia-Grube

Der Bericht des Oberbergamtes

Hindenburg, 29. April 1932.

Das Oberbergamt teilt mit: Der Unfallausschuß der Grubensicherheitsbezirkskommission Breslau hat auf der Concordia-Grube in Hindenburg die Stelle befahren, an der in der vergangenen Nacht infolge einer Entzündung von Schlagwettern acht Mann, davon sechs schwer, verletzt worden sind. Die Stelle im Andreasflöz 4 ist am Ende einer im Vortrieb befindlichen ansteigenden Strecke. Die Explosionsabteilung ist als schlagwettergefährlich bekannt und entsprechend behandelt worden. Nach den Hitzewirkungen zu schließen, hat die Explosionsflamme keine große Ausdehnung erlangt, so daß es sich bei den zur Entzündung gelangten Schlagwettern nur um geringe Mengen gehandelt haben kann. Die Entzündungursache steht noch nicht fest. Die Schießarbeit scheidet wahrscheinlich als Ursache aus. Die benutzten Wetterlampen werden noch genau untersucht. Bemerkenswert ist, daß an der Stelle zahlreiche Zündholzschachteln und verstreute Zündhölzer sowie eine Dose Tabak gefunden worden sind, obgleich das Rauchen wie auch das Mitführen von Rauch- und Feuerzeug bergpolizeilich verboten ist. Die Untersuchung durch die Behörden nimmt ihren Fortgang.

Wie weiter mitgeteilt werden kann, ist in dem Befinden der im Knappschaftslazarett befindlichen Verletzten bis zum Nachmittag eine wesentliche Aenderung nicht eingetreten. Es besteht die Hoffnung, daß alle Verunglückten mit dem Leben davonkommen werden.

Opfer des Blitzes

Küstrin, 29. April 1932.

Bei der Feldarbeit auf Altschaumburger Flur wurde der Arbeiter Arthur Voigt vom Blitz getötet, während sein Bruder, der wenige Schritte neben ihm arbeitete, unverletzt blieb.

Europa-Flieger Notz tödlich abgestürzt

München, 29. April 1932.

Auf dem Flugplatz Schleißheim ereignete sich am Freitag mittag ein schwerer Flugzeugunfall, der einem der besten deutschen Flieger das Leben kostete. Als sich der Flieger Notz, der am vorjährigen Europarundflug mit großem Erfolg teilgenommen hat, zum neuen Europarundflug vorbereitete und zu diesem Zweck einen Uebungsflug über dem Flugplatz unternahm, setzte plötzlich der Motor aus. Aus der Höhe von 30 bis 40 Meter stürzte das Flugzeug senkrecht zu Boden. Notz war auf der Stelle tot.

Schwedenzug überfährt Landfuhrwerk

Anklam, 29. April 1932.

Am Donnerstag abend um 21.38 Uhr wurde auf der Strecke Angermünde—Pasewalk bei Wilmersdorf in der Uckermark ein Landfuhrwerk der Arnimschen Gutsverwaltung Luckow vom Schwedenzug überfahren. Der Kutscher war sofort tot. Ein schwerverletztes Pferd mußte getötet werden. Der D-Zug erlitt 65 Minuten Verspätung. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß die Schranke nicht geschlossen war.

Ein Hotel brennt nieder

Rostock, 29. April 1932.

Am Donnerstag kam in dem Hotel „Deutsches Haus" in Schwaan ein Großfeuer aus, dem das gesamte Hotelgebäude und die angrenzenden Räumlichkeiten des Grundstücks zum Opfer fielen. Es gelang den Löschmannschaften, die gefährdeten Nachbargrundstücke vor einem Uebergreifen der Flammen zu bewahren, jedoch sind die benachbarten Häuser durch Löschwasser stark in Mitleidenschaft gezogen.

Todessprung aus dem 18. Stockwerk

New York, 29. April 1932.

Eine Angestellte der sowjetrussischen Handelsgesellschaft Amtorg, die 38jährige Pauline Lodge, beging Selbstmord, indem sie sich aus dem 18. Stockwerk des Bürogebäudes auf die Straße stürzte. Eine bei der Leiche gefundene Notiz gab keine Anhaltspunkte für den Grund des Selbstmordes.

Wieder ein Atlantikpaddler

London, 29. April 1932.

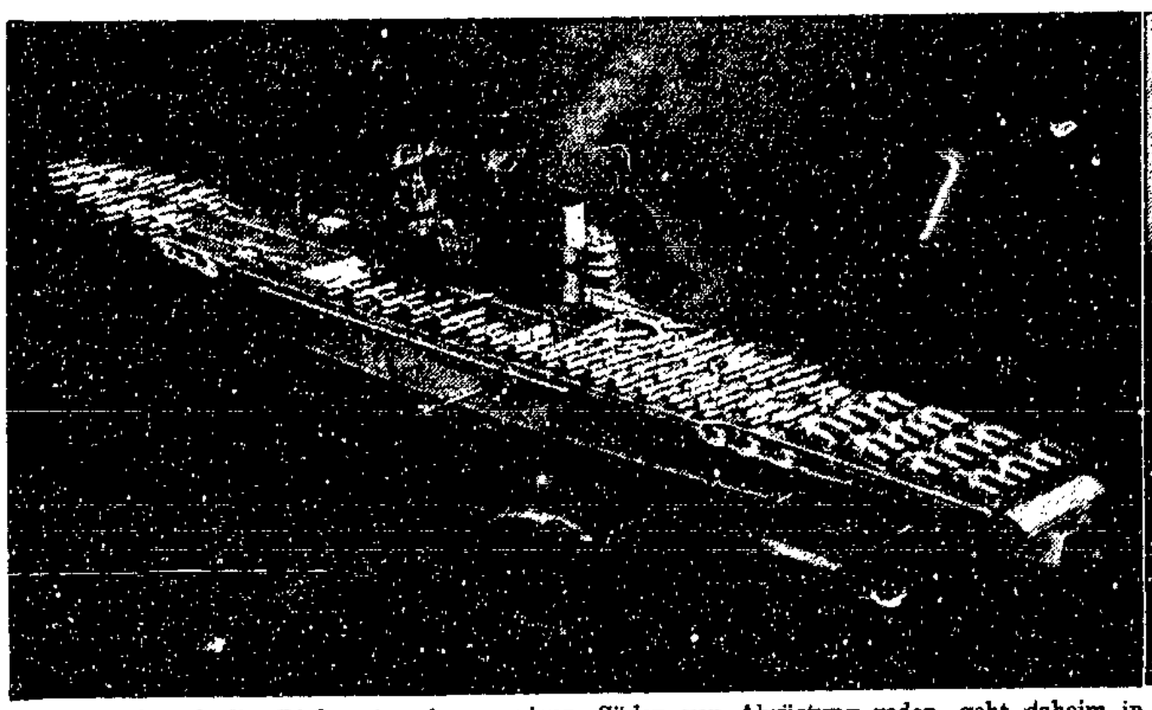
Wie aus Lissabon gemeldet wird, beabsichtigt der Deutsche Thelm, der vor kurzem in Lissabon eingetroffen ist, mit seinem 6½ Meter langen Gummiboot den Atlantik von Lissabon nach New York zu überqueren. Er beabsichtigt, am 1. Mai zu starten und will Verpflegung für drei Monate mit sich nehmen.

Droschkenchauffeur seines Wagens beraubt

Berlin, 29. April 1932.

Ein dreister Ueberfall wurde Freitag am frühen Morgen auf einen Berliner Droschkenchauffeur verübt. Gegen 6.30 Uhr nahmen in der Joachimsthaler Straße zwei junge Leute den Wagen des Kraftdroschkenbesitzers Gustav Falk aus Wilmersdorf zu einer Fahrt nach Dahlem, Wildpfad, wo sich die Plätze des Tennisklubs Blau-weiß befinden. Dort angekommen, sprangen die Fahrgäste aus dem Wagen, und zwar der eine rechts, der andere links, traten mit vorgehaltenem Revolver an den Führersitz und zwangen den Chauffeur, ihnen die Droschke zu überlassen. Einer von den beiden setzte sich ans Steuer, der andere ins Wageninnere, und im nächsten Augenblick fuhren die beiden Räuber mit dem Wagen davon, während Falk nichts anderes übrigblieb, als auf dem nächsten Polizeirevier den Ueberfall zu melden. Die beiden hatten es offenbar nur auf den Wagen abgesehen, der die Nummer 1A 41 979 trägt und mit dem sie anscheinend nach außerhalb gefahren sind.

Die neue „Badekur" kann beginnen!



Während die Diplomaten im sonnigen Süden von Abrüstung reden, geht daheim in ihren diversen Vaterländern die Aufrüstung lustig voran.

Amerika hat jetzt Flugzeugmutterschiffe in Dienst gestellt, von denen jedes nicht weniger als 100 Flugzeuge an Deck hat. Eines davon, die „Saratoga", zeigen wir im Bild. Was es heißt, wenn diese 100 Flugzeuge beginnen, ihren Bombensegen auf die Flotte des Gegners herniederregnen zu lassen, das wird sich jeder ausmalen können, der die Luftkämpfe des Weltkrieges noch nicht vergessen hat, und damals steckte der Luftkrieg noch in seinen Anfängen. Auf die Schrecken, die der Menschheit hier drohen, aufmerksam zu machen, ist Pflicht jedes Kriegsgegners.

Und in Deutschland, das abgerüstet hat, wie seine Regierungsmänner bei jeder nur denkbaren Gelegenheit laut verkünden? Da üben die Artillerieregimenter der Reichswehr gerade wieder einmal Bewegungskrieg. Wenn man diese Kriegsmethoden auch im modernen Großkampf der Gase und Flugzeuge nicht wird verwenden können, — schließlich gibt es ja auch noch Bürgerkriege, und da kann die Kenntnis von solcher Art kriegerischer Betätigung unter Umständen doch von Vorteil sein.

„Der am Schalter sitzt, kann nicht dafür"

Von A. Ehlers

2. Fortsetzung und Schluß.

„So ist das nun", denkt Koks. Die Weimarer Verfassung hat den Versicherten eine maßgebende Mitwirkung im Versicherungswesen eingeräumt und doch sind die Leute nicht zufrieden. Nee — wenn man so bedenkt, — früher — früher hatten sie es doch noch viel schlechter. Alles kann die Republik doch auch nicht auf einmal —.

Doch was ist das? Koks bekommt suppentellergroße Augen. Eine Arbeiterfrau hat ein Fenster geöffnet.

„Aber gute Frau — beste Frau! Das geht aber nicht. Das Fenster muß zu bleiben, man erkältet sich ja zu Tode. Nein — das können wir hier nicht dulden!"

„Nu reg dich man nicht auf, Dicker, eh du dich erkältest, mußte doch erst auf Eis gelegt werden."

Koks war an seiner empfindlichsten Stelle verwundet . . . „Dicker" hatte sie zu ihm gesagt. Das ging zu weit, entschieden zu weit.

„Ich ver . . . bie . . . te . . ."

„Halt die Schnauze, du vollgefressener Strumpf!"

Ein Tumult entsteht. Koks' Kollegen haben alle ihre Schalterfenster hochgeschoben und gaffen in den Raum. Der Vorsteher kommt und schreitet wie ein Christus in das aufgeregte Menschenknäuel vor Koks' Schalter.

Die Kranken, Lahmen, Ausgemergelten, Unfallverletzten im Warteraum lärmen.

„Was sagt er? Vom „Hausrecht" will er Gebrauch machen? Nur sachte, alter Freund. Wir stehen uns hier die Beine in den Leib und weil es so einem Jahrmarktsathleten zieht, sollen wir Versuchskarnickel sein, von wie wenig Luft der Mensch doch eigentlich leben kann. Nee, machen wir nicht, Herr Vorsteher, das Fenster bleibt auf!"

Das Fenster bleibt auf und Koks ist ein stiller Mann geworden. Wenn er sich nur nicht erkältet! Er schlägt seinen Kragen hoch und weint nach innen.

Zum Glück wird er ans Telephon gerufen.

„Hallo —! Hier Koks — Bitte? Wie lange das wieder dauert! Kehe, Kehe — da haben wir es ja, ich muß schon husten. Rücksichtslosigkeit von dieser Frau. — Ja? Wer? Ach du? Susi! Nun? Wer ist gestorben? Was du nicht sagst, der gute Ohnesorge. Das tut mir aber leid. Pension? Ja richtig! Die arme Frau muß doch Pension kriegen! Er war doch Senator! Was? Ja, das Pensions-Gesetz werde ich heute mitbringen! Wo er sich doch so aufgeopfert hat! Hier? Ach, hier ist es wieder schrecklich, heute! Durch den Schalter wollten sie mich schon ziehen. Wie? Nein, sie kriegten mich nicht durch! Furchtbar, sage ich dir! Gefüllte Tomaten? Doch die esse ich gern! Ja, kannst dich drauf verlassen. Ganz vorsichtig werde ich sein. Bis 5 Uhr denn . . ."

Koks wackelte wieder zum Schalter. Gegen das Fenster wurde mit Händen getrommelt. „Gott, diese Leute — —"

Als er das Fenster öffnet, wird er von zehn Augenpaaren fast erschossen. „Da sind Se ja endlich — war wohl eine schwere Geburt? Wir wollten schon eine Kneifzange bringen."

Die „Abfertigung" nimmt ihren Fortgang.

*

Vor dem Fenster des Vorstehers entsteht ein neuer Tumult.

„Ich krieg da einen Wisch vom Vertrauensarzt, daß ich für den 24. gesund geschrieben bin. Heute ist doch erst der 15."

„Schonzeit hat Ihnen der Arzt gegeben."

„Ach, Quatsch! Schonzeit! Der hat mich doch überhaupt nicht angeguckt!"

„Tut mir leid, da müssen Sie sich beim Vorstand beschweren!" Schalter zu.

Der also Abgefertigte guckt sich hilfesuchend um.

Ein langer hagerer Prolet schlendert um das Häuflein herum. Seine Stimme schneidet in den Raum:

Hast gehört? Tut ihm leid. O — das sind überhaupt mitfühlende Seelen, diese Krankenkassenbeamten. Die triefen nur so von Mitleid. Ja, wenn w i r zu sagen hätten — dann — aber so — das „Gesetz" — — —

Eine alte Mutter drängt sich an den Schalter des Vorstehers.

„Na, Mutter, was haben Sie denn auf dem Herzen?"

„Mein Junge ist gestorben und da wollte ich das Sterbegeld — aber der Beamte am Schalter sagt — — —"

„So? Na lassen Sie mal sehen."

Koks wird vom Vorsteher gerufen. Mit einem Haufen Akten und der Reichsversicherungsordnung bewaffnet, erscheint er auf der Bildfläche. Der Vorsteher blättert darin herum und wendet sich wieder an die Mutter:

„Ja — überaus traurig — Ihr Fall, Frau Köhler. Aber leider heißt es in den Bestimmungen: „Vom Sterbegeld werden zunächst die Kosten der Bestattung bestritten und an den gezahlt, der die Bestattung besorgt hat. Bleibt ein Ueberschuß — ja sehr traurig —, Ihr Geld hat die städtische Armenfürsorge eingezogen, weil sie Ihren Sohn beerdigt hat. Vielleicht stellen Sie dort noch einen Antrag."

Schalter zu.

Der Hagere von vorhin fährt fort:

„So ist das nun! Jeder von uns sollte sich das Sterben dreimal überlegen und nicht vergessen, seine Angehörigen rechtzeitig zu warnen, damit sie die paar Klamotten in Sicherheit bringen."

„Aber man kann sich doch beschweren?" fragt ein älterer Arbeiter.

„Gewiß doch, Vadder — beim Vorstand, beim Ausschuß, beim Versicherungsamt, beim Oberversicherungsamt, beim Reichsversicherungsamt —"

„— und beim Reichsarbeitsminister", ergänzte eine Proletenfrau.

„Ja ja, direkt bei Stegerwald. Da gehste hin und sagst: Hören Sie mal, da haben Se mir in der Krankenkasse — —"

„Es ist genau wie beim Kommiß, Kollege, erst kannste verrecken — und dann darfste dich beschweren!"

„Und das Ganze nennt sich maßgebende Mitwirkung der Versicherten, wahre Demokratie", sagt die Frau von vorher.

„Demokratie?" Der Hagere spitzt den Mund.

„Richtig, die Demokratie besteht darin, daß wir zwei Drittel und die Arbeitgeber ein Drittel der Beiträge blechen dürfen. Beim Zahlen überläßt man uns immer neidlos den Vorrang."

„Aber wir haben doch die Mehrheit im Vorstand und im Ausschuß," murmelt der Alte dazwischen, „was sagst du dazu?"

„Dazu? Dazu will ich dir nur sagen, daß ein paar Dutzend Arbeitgeber so viel Rechte und Befugnisse in der Kasse haben wie einige Millionen Arbeiter. Wenn man das „Demokratie" nennt! — Es gibt keine Demokratie zwischen den Hungrigen und den Satten! Und auch hier in dieser angeblichen „Sozial"-Gesetzgebung ist es nicht anders. Erst wenn die Arbeiter die Herren der Fabriken sind, wird es eine wahre Sozialversicherung geben!"

Die Unruhe im Raum wächst. Es ist kurz vor 1 Uhr.

Ein Arbeiter mit einem amputierten Bein geht auf Krücken zum Wartezimmer des Vertrauensarztes. Der Hagere erkennt in ihm einen guten Bekannten.

„Hallo — Hein! Wat machst du denn hier?"

„Ich? Was ich hier mache?"

Das Gesicht des Neuangekommenen glänzt und schillert wie ein australischer Apfel.

„Vorladung zum Vertrauensarzt!"

„Du verulkst mich!"

„Nee, am Sonntag war ich beim Fußball! Drei Tore hab' ich geschossen! Und jetzt ist bei mir polizeiliche Hussuchung nach den Fußballstiefeln!"

Durch das Gelächter erscheint der Vorsteher und ersucht um Ruhe. Der mit dem australischen Apfelgesicht sagt nur noch:

„Na — Herr Vorsteher? Sie kennen doch den Maier? Ja, ja, den von voriger Woche! Den Namen müssense doch schon gehört haben! Heute war ich zu seiner Beerdigung und gerade vor acht Tagen hat ihn der Vertrauensarzt gesund geschrieben! Was sagen Sie dazu — Herr Vorsteher!"

Der Vorsteher sagte nichts mehr; er zog sich ärgerlich in sein Zimmer zurück!

*

Koks wusch sich die Hände und legte seinen Schnurrbart kunstgerecht an die Bartbinde.

Energie muß sein und wenn sie im Schnurrbart sitzt! Er dachte an seinen Papagei! Wie ganz anders war doch dieser Vogel. Der hatte noch nie geschimpft, wenn er wegen eines Zahns von Pontius zu Pilatus geschickt wurde. Nie auch machte er Krach, wenn er stundenlang auf einem Fleck hockte. Keine Widerrede hatte er jemals von diesem Vogel gehört. Man brauchte doch nicht gleich zu schreien, wenn man Hunger hatte. Dabei stand doch noch nicht einmal fest, daß diese Leute wirklich krank waren. Wie mancher tat nur so als ob — und die Wissenschaft konnte das leider nicht immer genau feststellen. Wartete er nicht auch manchmal sehnsüchtig, daß das Gehalt gezahlt würde?

Nichts wie Aufruhr und Rebellion steckte in diesen Patienten!

Dabei konnte doch in dieser Republik jeder etwas werden, der sich bescheiden anstellte. Er mußte doch auch sehr lange warten, bis ihn eines Tages der Genosse Schulze in die Krankenkasse schob.

Revolution? Die Leute sind ja verrückt. Was ist denn hier noch zu revolutionieren? Jeder hat doch sein Auskommen: Erwerbslose erhalten Unterstützung, Kranken wird geholfen, Ausgesteuerte kommen in die Fürsorge, Alte und Gebrechliche beziehen Renten. Nee — mehr kann doch nicht getan werden.

Mit diesen Gedanken verließ Koks die Kassenräume und begab sich auf die Straße.

Zusammen mit noch einem Dutzend anderer Beamten ähnlicher Gewichtsklasse. Es waren so viele Pfunde beieinander, daß sie an der Straßenbahnhaltestelle die Sonne verdunkelten.

In ihrem Schatten stand ein Gaul vor einem Gemüsewagen und schaute den Troß Ritter ohne Furcht und Tadel treuherzig an. Koks empfand das mit tiefer Rührung.

Gab es für diese Viecher eine so gute Krankenversicherung? Hat ein solcher Gaul nicht auch Anrecht auf Pflege??

Ein Großstadtjunge, aufgewachsen zwischen Autos, Staub und Benzin und weit davon entfernt, die Gedanken des Koks zu erraten, konnte die aufsteigende Wißbegier um die organischen Funktionen eines Pferdes nicht mehr abstoppen und richtete an den Kutscher die prosaische Aufforderung:

„Onkel, Onkel! Lat dat Pferd mal schieten!"

Dem Kutscher blieb die Spucke weg, Koks hingegen war entsetzt!

„Nein — Nein — diese Jugend!"

Die Straßenbahn kam angeschaukelt. Die Stützen des „umfassenden Versicherungswesens unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten" besetzten vollständig einen Straßenbahnwagen und schaukelten davon.

Und mit ihnen schaukelte — wohlverwahrt in der Brusttasche —, so in der Nähe des Herzens — das Mitgliedsbuch der SPD.

Ein Heiliger

Ein französischer Knabe, der 1925 im Alter von 11 Jahren starb, Guy de Fontgalland, soll demnächst „selig" gesprochen werden. Er soll viele Wunderheilungen vollbracht haben, so daß in ganz Frankreich Hunderttausende von Unterschriften gesammelt werden konnten für eine Bittschrift an den Papst, in der die Seligsprechung gefordert wird.

★

Wirklich, verehrter Leser, du irrst nicht: wir schreiben 1932, nicht 1532. Aber es gibt eben etwas, wogegen kein Kraut gewachsen ist: die Dummheit.

Kleines Feuilleton

Empfehlenswerte Frauenzeitung

Soeben ist die Mai-Nummer des „Weg der Frau" erschienen. Außer einem sehr interessanten Mai-Artikel von Peter Maslowski, enthält sie wichtige illustrierte Beiträge, die zu dem drohenden Krieg gegen die Sowjet-Union Stellung nehmen. „Der Weg der Frau" fordert alle Frauen auf, die Bilanz des letzten Krieges zu ziehen und Berichte zur Veröffentlichung einzusenden, damit alle die aufgerüttelt werden, die den Ernst der gegenwärtigen Situation, die Kriegsgefahr, noch nicht erkannt haben. Darum sendet Berichte an „Der Weg der Frau", Berlin, Wilhelmstr. 48.

Das Buch

Ernst Johannsen: Station 3

Ein lesenswertes Buch aus dem Volksverband der Bücherfreunde.

Der Volksverband der Bücherfreunde, dessen „Mitglieder", zu deutsch Abonnenten, sich größtenteils aus den inzwischen zu Hitler abgewanderten Mittelschichten zusammensetzte, hat vor einiger Zeit ein Buch herausgebracht, das im Proletariat unbedingt Beachtung verdient. Durch Zufall stieß ich darauf. Ich sah die Neuerscheinungen durch und bekam dabei auch das oben zitierte Werk in die Hand. Auf meine Frage an den mich begleitenden Verkaufsleiter, ob er das Buch gelesen habe, erhielt ich so etwas wie eine Warnung: es sei einseitig geschrieben. Damit nicht zufrieden, bohrte ich weiter und bekam dann das Urteil: der Verfasser ist zwar nicht Bolschewist, aber doch einseitig radikal (!). Ich nahm das schweigend zur Kenntnis, blätterte in anderen Büchern und ließ mir zum Schluß, als der Verkaufsleiter schon glaubte, ich ginge mit leeren Händen fort, den Johannsen geben. Dies versetzte ihm einen leichten Schlag, was mich mit stiller Freude erfüllte.

Den Kauf habe ich nicht bereut. Da schildert einer, der es genau kennt, das Leben auf einem kleinen Umformerwerk, schildert die Schiebungen, Intrigen, Folterungen, das Leben und Sterben des von der Maschine schon beherrschten Menschens im modernen kapitalistischen Großbetrieb, für den der Mensch neben der Maschine nur eine untergeordnete Nummer, beliebig ersetzbar, ist. Johannsen zeigt, wie aus dem organisierten Arbeitskollegen unter dem Zwang des profitgierigen Kapitals der Arbeiterfeind wird, wie sich der zum Meister beförderte Proletarier unter dem Druck seiner Vorgesetzten ebenfalls zu einem Unteroffizier entwickelt, wie der „Frieden" letzten Endes nur eine andere Form des Krieges darstellt. Zwar vermißt man die klare, letzte Konsequenz, vermißt man auch nur Andeutungen an die großen imperialistischen Zusammenhänge. Aber auch in seinen Details ist das Buch ansonsten eine mutige Arbeit, die der VdB wohl nur deshalb aufgenommen hat, weil er sich nicht den Vorwurf der Einseitigkeit zuziehen wollte: aus Angst. Wir haben gewiß nicht die Absicht, für ein kapitalistisches Unternehmen Propaganda zu machen, dieses Buch jedoch verdient weiteste Verbreitung. Es ist ein Werk über das Leben des Proletariats im kapitalistischen Ausbeutersystem, durchaus nicht einseitig radikal, nur: e h r l i c h. —el.

Modernes Märchen

Es war einmal ein Mann, der schrieb und schrieb in vielen Zeitungen und Blättern unter fremdem Namen, Tag für Tag, Jahr für Jahr, Aufsätze ohne Zahl, Sketschs, Hörspiele, Tonfilme, feiste abendfüllende Bühnenstücke, Broschüren, dickleibige Bücher in Massenauflagen . . . und sein Stoff ging und ging nicht aus, und sein Reichtum wuchs und wuchs.

Ringsum stürzten sich Menschen in die Spree, töteten sich durch Gas, erhängten sich, verzweifelten im harten Daseinskampf.

Und sein Reichtum wuchs, er baute sich ein Schloß und nannte es „Buen Retiro", und er erstickte im Gold.

Auf dem Höhepunkt angelangt, fiel er in eine Krankheit, starb. — Da endlich kam man hinter das sorgfältig gehütete Geheimnis seines Schlüssels zum Erfolg, und begriff: Er mußte unfehlbar reich werden, denn der Stoff, der ihm nimmer ausging, war — die stetig fortschreitende Verelendung der Menschen, der Massen.

Esweiß.

Zucker gegen Magengeschwüre

Eine neue Methode zur Heilung von Magengeschwüren will Dr. Loewy aus Budapest gefunden haben. Er geht von der Theorie aus, daß Magengeschwüre durch eine vermehrte Absonderung von Salzsäure entstehen. Die überschüssige Salzsäure verdaut viel, sie zernagt Teile der Magenschleimhaut, und dadurch wird die Magenmuskulatur der schützenden Schleimhaut beraubt. Die Magensäure wirkt sich also direkt auf die Verdauungsfläche aus, und es entstehen Magengeschwüre. Nun hat Dr. Loewy schon vor längerer Zeit gegen Magengeschwüre Insulin gegeben. Aber der Wiener Arzt Depisch hat diese Theorie weiter ausgebaut, denn er fand, daß man statt der Insulininjektion auch große Zuckermengen auf nüchternen Magen verabfolgen könne. Auf dieser Erkenntnis arbeitete der Budapester Forscher Loewy weiter. Er machte einige Versuche, deren Ergebnisse er in der „Wiener Klinischen Wochenschrift" veröffentlicht. Er verabreichte den Magenkranken ein ausgiebiges Zuckerfrühstück und erreichte damit, daß die gesteigerte Absonderung von Salzsäure eingeschränkt wurde. Allerdings hat diese Behandlungsmethode eine Schwierigkeit. Nach einer Verabreichung von großen Zuckermengen wird nämlich die Bauchspeicheldrüse angeregt, von sich aus Insulin abzusondern. Der Arzt muß es nun fertigbekommen, den Höhepunkt der Insulinabsonderung mit dem Auftreten des Schmerzes zusammentreffen zu lassen. Ebenso muß selbstverständlich für jeden Krankheitsfall die Zuckermenge besonders bestimmt werden. Dr. Loewy hat an Hand zahlreicher Versuche festgestellt, daß bei einer derartigen Behandlung die Schmerzen schon nach wenigen Tagen aufhörten. Auch bei chronischem Sodbrennen hat man nun die oben erwähnte Methode mit bestem Erfolg angewendet. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß nun sämtliche Magengeschwüre in dieser Art behandelt werden dürfen. Bei Zuckerkranken kann man eine solche Behandlung natürlich nicht anwenden, außerdem gibt es Fälle, in denen nur eine Operation Heilung bringen kann.

A 1 Mainz

Liebschütz Schmerzen um die SAP. Eines der Hauptthemen, mit denen der Chefredakteur Liebschütz der Mainzer „Volkszeitung" die Spalten seiner Volkszeitung zu füllen sucht, bedeutet die SAP. Trotzdem er ständig von der vollständigen Einflußlosigkeit der SAP „überzeugt" ist, kann er doch nicht achtlos an uns vorübergehen. Da die Mainzer SPD-Leute schließlich von Tag zu Tag mehr und mehr die Aktivität der hiesigen SAP-Ortsgruppe feststellen müssen, holt sich Liebschütz nun Zeitungsnotizen aus anderen Teilen des Reiches herbei, um erneut den „Beweis" zu erbringen, daß die SAP nicht mehr existiert. Zum Schluß setzt er darunter seine geistreichen Bemerkungen. Da ist nun die SAP keine Partei mehr, sondern nur eine kleine Gruppe Unzufriedener. Schließlich urteilt Liebschütz noch von sich selbst aus. Er glaubt, daß es uns an Ausflüchten über den „kompletten Zusammenbruch" bei der Preußenwahl nicht fehlen würde, denn Worte ständen denen am reichsten zur Verfügung, die am am wenigsten die Kraft zu Taten besitzen. Nun wissen wir es, weshalb gerade Liebschütz so große Worte stets zu finden weiß. Ihm fehlt nämlich die Kraft zu Taten, und daß sie ihm fehlt, das beweist die Tatsache, daß er noch nie die Courage besessen hat, sich einmal allein in eine gegnerische Versammlung zu begeben. Davon, daß die SPD eine katastrophale Niederlage mit ihrer Preußenpolitik erlitten hat, hat Liebschütz noch nichts bemerkt. Im Gegenteil: „Die Sozialdemokratie ein unerschütterlicher Block" — lautet die Ueberschrift in dem SPD-Blatt am Montag. Und das bei einem Verlust von 44 Mandaten.

„Volkszeitung" und der Flörsheimer Kommunistenmord. Wir berichteten vor etwa 14 Tagen von einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Reichsbannerleuten in dem benachbarten Flörsheim, bei dem ein junger Kommunist unter den Dolchstichen der durch eine Hetzrede des berüchtigten SPD-Redners Höxter aufgepeitschten Reichsbannerleute sein Leben verlor. Das Verhalten der Mainzer „Volkszeitung" bzw. ihre Berichterstattung über den Flörsheimer Vorfall ist ein Kapitel für sich. Nachdem das Blatt tagelang den Vorfall entstellt wiedergab, dabei sogar die Behauptung aufstellte, die Kommunisten hätten ihren Parteigenossen selbst erstochen, bringt es nun gestern einen Artikel unter der Ueberschrift „Flörsheimer Kommunistenüberfall erwiesen". Wer nun den Bericht durchliest, erfährt ganz andere Tatsachen, als er nach der Ueberschrift zu finden glaubt. Die „Volkszeitung" muß nämlich jetzt zugeben, daß zwei der verhafteten Reichsbannerangehörigen ein Geständnis abgelegt haben, in dem sie zugeben, daß die tödlichen Stiche gegen den Kommunisten von ihnen ausgeführt wurden. Es handelt sich um die Mitglieder des Hochheimer Reichsbanners: Willi Appenheimer und Georg Dreyer. Tatsächlich wurden auch in der Wohnung des Appenheimer und auf einem drei Kilometer entfernt liegenden Acker die benutzten Mordwaffen gefunden. Es handelt sich außer verschiedenen Schlaginstrumenten um drei Dolche und einen Totschläger. Trotz dieses Eingeständnisses wagt es dann die „Volkszeitung" noch, den Kommunisten die „Blutschuld" an dem Vorfall aufzuladen.

Düsseldorf

Die Mitgliederversammlung unserer Partei befaßte sich mit dem Ausgang der Landtagswahlen. Genosse Simon berichtete über den Wahlkampf, besonders unter Berücksichtigung der Stimmenverhältnisse in unserem Bezirk. Betrachten wir die wirtschaftlichen Verhältnisse und damit die großen Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen haben, so hat sich die Partei tapfer behauptet. Fast in jedem kleinen Ort haben wir Stimmen zu verzeichnen. Hier gilt es, den Ausbau unserer Organisation weiter zu treiben. Das starke Anwachsen der Nationalsozialisten verlangt von uns heute mehr als bisher, alle Kraft einzusetzen für die Klassenfront. So gilt auch für uns die Mahnung des Parteivorstandes, jetzt erst recht an die Arbeit für die proletarische Klassenfront zu gehen. Die Aussprache war sehr lebhaft, es gab Anregungen für die weitere Arbeit. Von einigen Rednern wurde die Wirkungsmöglichkeit der Beteiligung an Wahlen in Zweifel gezogen. Alle waren der Auffassung, daß wir jetzt mit noch größerem Eifer an die Arbeit müssen. Es beteiligten sich die Genossen Niessen, Springer, Becker, Paulussen, Reichenbach, Albeck, Hecht, Lübben, Kersting, Kapusta, Reinmuth und Küpper. Der Genosse Katzenstein berichtete dann über die Maifeier, die am Sonntag, 20 Uhr, in der Aula der Lessing-Oberrealschule (Ellerstraße) stattfindet. Gen. August Siemsen wird die Ansprache übernehmen. Weiter wirken mit: Turn- und Sportvereinigung 1895, Freie Schwimmer 1910 e. V., Volkschor Süd, Blasorchester und SJV. Alle Parteimitglieder haben die Pflicht, für einen guten Besuch der Veranstaltung zu sorgen. Ueber organisatorische Fragen machte Gen. Sengespeik noch einige Mitteilungen.

„Nach dem Kampf. — Was nun?" Die Düsseldorfer SPD rief unter dieser Parole ihre Funktionäre zu einer Sitzung zusammen. Ja, was nun? Ihr Herren von der Wallstraße, was nun? Nun glaubtet ihr so fest daran, den Faschismus zweimal mit Hindenburg, Groener und Severing vernichtend geschlagen zu haben, daß es für euch unfaßbar ist, daß er schon heute wieder die Frechheit hat, auf der politischen Bühne zu erscheinen. Und leider nicht nur zu erscheinen, sondern das er auch noch größer und stärker geworden ist. Aber so ganz verstehen wir eure Ratlosigkeit nicht. Ihr seid doch sonst nicht verlegen, wenn es sich darum handelt, Parolen in die Massen zu werfen. Nach dem Funktionärsitzungs-Bericht der Volkszeitung" allerdings hat es den Anschein, als ob diesmal wirklich den Leuten von der Wallstraße die Spucke weggeblieben sei. Es ist interessant, einmal nachzulesen, wie die Redner, die sich an der Aussprache beteiligten, die Niederlage ihrer Partei bei den Länderwahlen auslegen. An der Aussprache beteiligten sich der Parteisekretär, ein Landtagsabgeordneter, ein Gewerkschaftsangestellter, ein Beigeordneter und ein Beamter. Der ganze übrige Funktionärkörper, der zum größten Teil aus Arbeitern besteht, beteiligte sich nicht. Ließ man diese Funktionäre nicht zu Worte kommen, oder ist bei ihnen die Parteidisziplin noch so stark, daß sie es vorläufig noch nicht wagen, offen gegen die falsche Politik ihrer Führer Stellung zu nehmen? Parteisekretär Richter beklagte sich über das Zentrum, das Missionen durch katholische Gegenden gesandt habe und die katholischen Wähler restlos für sich gewinnen konnte. Und weiter darüber, daß nur wenige Beamte der Partei die Treue gehalten hätten. (Bezieht sich das auf den sozialdemokratischen Bürgermeister von Eberswalde, der jetzt zu den Nazis übergetreten ist?) Beigeordneter Jäker hielt es für unbedingt erforderlich, einen stabilen sozialdemokratischen Wählerblock zu schaffen. Der müßte sich dann allerdings nach unserer Ansicht aus Wählern zusammensetzen, deren Existenz wie die des Beigeordneten auf Tod und Verderben mit der heutigen Republik verknüpft ist. Landtagsabgeordneter Berten betonte eindringlich, daß die Nazis nun ihre Wahlversprechungen einlösen müßten, und auch der größte Prophet (!) könne nicht voraussehen, wie sich die Dinge entwickeln würden. Man braucht dazu kein Prophet zu sein. Aber vielleicht liest der Landtagsabgeordnete einmal die SAP-Presse, in der schon seit Monaten auf die Entwicklung der Dinge, wie sie heute eingetroffen sind und sich in Zukunft entwickeln werden, hingewiesen wird. Wenn ein Arbeiterführer nicht in der Lage ist, diese Entwicklung zu erkennen, so stellt er sich damit selbst ein Armutszeugnis aus. Der Gewerkschaftsangestellte Könen wies auf die Propagandatätigkeit der Gegner hin und glaubte, daß die SPD ihre Werbetätigkeit darauf einstellen müßte. Na sicher nur durch eine Propaganda, wie sie die Nazis treiben, sind die Arbeitermassen der SPD noch zu halten, aber um Gotteswillen nicht durch eine konsequente revolutionäre Gewerkschaftstaktik. Der Beamte Sangs fand es ganz in der Ordnung, daß die Beamten in das reaktionäre Lager laufen; denn, so sagte er: „Das Gros der Beamten hatte immer den Zug dahin." Es ist ein Schlag ins Gesicht der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, mit welcher Gleichgültigkeit ihre Führer diese Dinge behandeln. Wir haben aber Vertrauen zu den sozialdemokratischen Arbeitern, daß sie den Einbruch der Nationalsozialisten in die marxistische Front ernster ansehen und erkennen, daß es die höchste Zeit ist, daß sich die Arbeiterklasse in einer Front zu gemeinsamen Aktionen gegen den Faschismus zusammenschließt.

„Die Maßnahme", ein Lehrstück von Bert Brecht und Hans Eisler, das vor kurzem hier mit großem Erfolg vom Volkschor Düsseldorf-Ost aufgeführt wurde, wird Sonntag, 8. Mai, im Kaisersaal der Tonhalle zum bedeutend ermäßigten Preise von 0.60 M. wiederholt. Alle, die keine Gelegenheit hatten, der ersten Aufführung beizuwohnen, ist diese Wiederholung wärmstens zu empfehlen.

Skandal im Altersheim

Arrest im Keller ohne Trinkwasser!

Zwickau, 29. April 1932.

In dem dem Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Zwickau gehörenden Altersheim wird das Dritte Reich an den alten, aus dem Produktionsprozeß ausgeschiedenen Proletariern bereits praktisch erprobt. Wir erfahren soeben durch Briefe von Insassen, daß dort unter der Aera eines, dem sicheren Vernehmen nach, nazistisch eingestellten Inspektors Erler grauenhafte Begebnisse sich abspielen. Wir haben sofort diese Nachrichten nachgeprüft und sie zu unserem Entsetzen in vollem Umfange bestätigt erhalten. Die Insassen, zum größten Teil schwache Greise und Greisinnen, erklären, daß die Beköstigung und Behandlung im allgemeinen zwar erträglich sei, ihnen aber das Leben durch den genannten Inspektor zur Hölle gemacht wird.

Der 56jährige H. aus Reichenbach berichtet z. B.: wegen eines geringfügigen Anlasses erhielt er vom August 1931 bis Ostern dieses Jahres keinen Ausgang und nicht das ihm zustehende Taschengeld von 1 Mark monatlich. Nach dem ersten Ausgang meldete er sich bei dem Inspektor Erler zurück, erhielt aber die Antwort: „Man sollte dir eins in die Fresse schlagen". Der so Behandelte wurde dann am ersten Feiertag in eine Zelle im Keller geschleppt.

Er erhielt nichts zu essen. In dem feuchten, kalten Loch mußte er in der Nacht ohne Decke kampieren. H. erhielt auch kein Wasser, so daß er, der zuckerkrank ist, vor Durst in der Nacht den eigenen Urin aus dem Nachtgeschirr trinken mußte.

Erler erklärte weiter: „Wenn er sich noch einmal muckst, bekommt er 3 Tage Wasser und Brot und das Taschengeld entzogen".

Der 70jährige M. aus Reichenbach erzählt: Als er im Kontor eines Tages frierend um eine wollene Jacke bat, wurde er von E. aus dem Raum hinausgeworfen. Er stürzte dabei, so daß er ärztlich behandelt werden mußte. Bei dieser Gelegenheit erzählen die Insassen übereinstimmend, daß ein alter 78jähriger Mann, der jetzt tot ist, vor einiger Zeit von E. gleichermaßen hingeworfen wurde. Als sich ein Pfleger bemühte, ihn aufzurichten, schrie E.: „Laßt ihn nur liegen".

Der alte St. aus Alt-Rottmannsdorf erzählte: Als er einen Geistesgestörten zur Ordnung mahnte, und dieser sich beschwerte, kam E., der ihn nicht grün war, brüllend angelaufen und verhängte über ihn, der an schweren rheumatischen Beschwerden leidet, einfach Bettentzug. St. bekam am 28. April 1932 aus diesem Anlaß kein Abendbrot. Er mußte sich im ungeheizten Strafraum aufhalten.

Noch eine ganze Reihe von Insassen beschweren sich so über die unmenschliche, äußerst rohe Behandlung. Ausdrücke wie: „Kopf einschlagen", „Fresse schlagen", „Schwein", „Lump" sind an der Tagesordnung. Eine Reihe von alten Frauen, teilweise über 70 Jahre alt, beschweren sich und fürchten sich, wenn der Grobian auch nur ihren Aufenthaltsraum betritt. Sämtliche angeführten Bedrohten erklären, ihre Aussagen beeiden zu wollen. Sie haben am 28. April einen Brief an die Amtshauptmannschaft Zwickau gerichtet, in dem sie alle Beschwerden anführten.

Wir fordern, daß dieser Skandal sofort beseitigt wird. Es muß eine strenge Untersuchung durchgeführt werden und die Schuldigen müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Dieser Menschenschinder von Inspektor muß sofort beseitigt werden. Wir fragen die sozialdemokratische Aufsichtsbehörde, ob sie sofort nach Eintreffen der Beschwerden für die Abstellung der Uebel gesorgt hat, oder ob sie gewillt ist, diese Schindereien zu decken und zu vertuschen. Die Gemeinden, die den einen Anteil für die Erhaltung der Anstalt aufbringen müssen, haben die Pflicht, eine solche Verwendung ihrer Gelder zu verhindern. Die Anstalt in Wiesen soll ein Altersheim, wo die Alten in Ruhe ihre letzten Tage verbringen sollen, und kein Zuchthaus sein. In Zukunft müssen Beschwerde- und Fragestunden eingerichtet werden, damit die alten Leute ihre Nöte und sonstigen Beschwerden anbringen können. Nur so kann ähnliches verhütet werden. Die gesamte Oeffentlichkeit aber bitten wir, sich mit dafür einzusetzen, daß diese Schindereien aufhören und in Zukunft verhindert werden.

Solingen

Maifeier. Eine gemeinsame Abendfeier mit den Genossen der KPO veranstalten wir am Sonntag in der „Reichspost" am Schlagbaum, beginnend um 19 Uhr. Für eine dem Charakter des Tages entsprechende Ausgestaltung des Programms ist bestens gesorgt. Unsere Genossen müssen durch tatkräftige Agitation dafür sorgen, daß auch dieser Abend zu einem machtvollen Bekenntnis für die proletarische, antifaschistische Einheitsfront wird.

Wahlkampf-Nachlese. In den letzten Jahren sind die Parteien, die vor ihren Anhängern noch so manches zu verbergen haben, dazu übergegangen, Kundgebungen zu veranstalten, um die ihnen unbequemen Diskussionsredner fernzuhalten. An der Spitze der Kundgebungsveranstalter steht die SPD, die dabei ganz gerissen vorgeht. So war im benachbarten Leverkusen eine Eiserne-Front-Kundgebung mit Pietro Nenni geplant. Große Plakate kündigten an, daß der „berühmte Antifaschist und Revolutionär" sprechen werde. Groß war allerdings das Erstaunen der Versammlungsbesucher, als ihnen „kundgegeben" wurde, daß das Innenministerium die Einreiseerlaubnis für Pietro Nenni abgelehnt habe. Trotzdem verkündete das Volksblatt weiter mit großen Lettern, in der einige Tage später in Solingen stattfindenden Kundgebung werde bestimmt Nenni sprechen. Doch auch hier wieder dieselbe Enttäuschung, als statt seiner ein profaner Kölner sprach. So wurde die SPD-Anhängerschaft bewußt irregeführt. Um nicht ungerecht zu sein, soll erwähnt werden, daß die SPD auch Versammlungen mit „freier Aussprache" abhielt. Mit dem Wunsche, mit den sozialdemokratischen Genossen ausgiebig diskutieren zu können, gingen einige unserer Genossen in eine solche Versammlung, die in Ohligs stattfand. Nach einem 1½stündigen Referat wurde auch wirklich eine Diskussion zugelassen, und zwar gewährte man großzügig 10 Minuten Redezeit. Trotz dieser 10 Minuten, die unserem Genossen zur Verfügung standen, wollte es der Referentin in ihrem halbstündigen Schlußwort nicht gelingen, die Ausführungen zu widerlegen. Einem Genossen der Friedensgesellschaft wurde das Wort verweigert, weil nur Vertreter von Parteien sich an der „Diskussion" beteiligen könnten. In einer SPD-Versammlung in Solingen durfte zwar ein Kommunist sprechen, während man unseren Genossen nicht zuließ, weil er einer „kleinen Splittergruppe" angehöre. Mit dieser Weisheit dokumentierte der allgewaltige, kleine Baugewerksbund-Diktator Richter die Diskussionsfreiheit in SPD-Versammlungen. — Wahlkampf und Wahlresultat werden unsere Genossen zu intensivster Arbeit anspornen, und trotz allen Hemmnissen werden wir den SPD-Genossen zeigen, daß der Weg der SPD falsch ist. Wir werden, entgegen dem Willen der Führer, erfolgreich an der Herstellung der proletarischen Einheitsfront arbeiten.

Stralsund

Die diesjährige Maifeier, welche vom ADGB veranstaltet wird, wird das folgende Programm aufweisen: 8 bis 10 Uhr Frühkonzert im „Gewerkschaftshaus", 10 Uhr Abmarsch zum Demonstrationsumzug auf dem Alten Markt Aufmarsch (Festredner Bezirksleiter Anstöß, Stettin, SPD), nachmittags wieder Konzert, 15 Uhr Abmarsch der Kinder zur Brunnenaue, Einmarsch um 18 Uhr ins „Gewerkschaftshaus", ab 19 Uhr Maiball. Die diesjährige Veranstaltung unterscheidet sich, wie man sieht, in keiner Weise von den früheren. Wir müssen in den kommenden Jahren daran arbeiten, daß eine grundlegende Aenderung der Veranstaltung eintritt. Es muß verlangt werden, daß eine proletarische Abendveranstaltung aufgezogen wird, welche für die Arbeiterschaft Kampfwillen bringt.

Die Werbeveranstaltung der ZdA-Jugend hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Den Werbevortrag hielt Reichsjugendleiter Eschbach-Berlin, der auch Bilder vom Reichsjugendtreffen 1931 zeigte. Die Werbemöglichkeiten sind durch die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in der augenblicklichen Zeit sehr erschwert worden. Trotzdem muß aber immer wieder versucht werden, die Jugendlichen im Angestelltenberuf nur der freien Gewerkschaft zuzuführen. Es muß aber auch gefordert werden, daß innerhalb der Jugendgruppe eine Schulungs- und Aufklärungsarbeit geleistet wird, die zum Klassenkampf hinführt. Gerade im ZdA muß eine konsequente Gewerkschaftspolitik gefordert und getrieben werden. Durch die gezeigten Lichtbilder wurde den Teilnehmern ein Einblick in die Arbeitsweise der Angestelltenorganisation vermittelt. Den zweiten Teil des Abends hatte man mit Darbietungen der Jugendlichen ausgestaltet.

Vorboten der Aufhebung des SA-Verbotes? Bei der Durchführung des SA-Verbots wurde auch das hiesige Heim der Nazis geschlossen. Die Schlafräume wurden durch die Polizei versiegelt, während die übrigen Räume geöffnet blieben. Nun hat die hiesige NSDAP die Oeffnung der Räume beantragt, um sie angeblich für Bürozwecke zu verwenden. Diesem Antrag ist stattgegeben worden, und die Siegel wurden durch die Kriminalpolizei entfernt.

Der Katzenjammer nach dem Ergebnis der Landtagswahlen ist bei den sogenannten republikanischen Parteien noch nicht überstanden. Die SPD, welche doch in unserer Wählerversammlung noch so siegesbewußt war und die stärkste Partei im Preußenparlament bleiben wollte, ist sehr kleinlaut geworden. In Diskussionen mit SPD-Genossen kommt offen zum Ausdruck, daß sie eine derartige Niederlage trotz der Listenführung durch Braun-Severing, nicht erwartet hätten. Die Gedanke der proletarischen Einheitsfront scheint an Boden zu gewinnen. Unsere planmäßige Aufklärungsarbeit über die Notwendigkeit der Einheitsfront ist bereits auch manchem KPD-Funktionär auf die Nerven gefallen. Sie scheinen zu bemerken, daß unsere Argumente für den proletarischen Klassenkampf von den KPD-Genossen als richtig angesehen werden und eine Abwanderung einsetzen kann. Daher tut man alles, um grundsätzliche Auseinandersetzungen zu verhindern. Die sogenannte Staatspartei ist in völliger Auflösung begriffen, ist man vollständig kopflos geworden. Unsere Genossen haben die Pflicht, mit aller Energie dafür zu arbeiten, daß unsere Organisation nach diesem Wahlkampf erstarkt. Sie muß in ganz kurzer Zeit um mindestens hundert Prozent verstärkt werden, damit wir unsere kommenden wichtigen Aufgaben erfüllen können.

Barth

Zu Hugenberg und Hitler schlagen sich die hier aus der sogenannten Staatspartei fortgelaufenen Republikaner. Der Bürgermeister Dr. Dähn will erst noch mal bei Hugenberg sein Heil versuchen, trotzdem die Deutschnationalen doch auch vor der Pleite stehen. Andere dieser Patentrepublikaner suchen Unterschlupf bei Hitler. Die noch vorhandenen Reste der Gruppe wissen wohl noch nicht, wo sie Anschluß suchen sollen. Aber auch sie werden schon noch ein Nest finden. Die SPD braucht doch auch noch neuen Zuwachs von solchen Leuten, die gerne „in den Sozialismus hineinwachsen wollen", ohne daß es Kampf kostet.

Delitzsch

Die Maifeier wird in diesem Jahre, nachdem die Verhandlungen mit der KPD gescheitert sind, vom Gewerkschafts- und Sportkartell gemeinsam durchgeführt. Antreten vormittags 11 Uhr im „Lindenhof". Die Veranstaltung findet unter revolutionären Kampflosungen statt. Die Maiansprache hält unser Genosse Emil Heyen, Halle. Am Abend findet im Lindenhof eine Saalveranstaltung statt, in der die Arbeitersänger, Arbeitersportler und die Freie Gewerkschaftsjugend durch Sprechchöre, Rezitationen und Szenen mitwirken. Eingeleitet wird hier die Veranstaltung durch eine Ansprache unseres Genossen Gebhardt. Maiabzeichen beim Antreten zur Demonstration und am Saaleingang erhältlich. Es ist Pflicht aller Genossen, sich zu beteiligen.

Immer faschistischer gebärdet sich die „Delitzscher Zeitung". Sogar ein Bild von Herrn Hitler, wie er zur Wahlurne schreitet, wird gebracht. Daneben aber in großer Aufmachung „schwere Ausschreitungen des Reichsbanners", das im Kreise Delitzsch, von Leipzig kommend, Wahlarbeit geleistet hat und in verschiedenen Orten den provozierenden Nazis eine entsprechende Abreibung gab. Das Blättchen hat sich gewendet. Vor der Reichspräsidentenwahl noch große Propaganda für Hindenburg und nach den Preußenwahlen wird Hitler pussiert. Das ist die bürgerliche Pressekanaille, die keinen Platz im Hause einer Arbeiterfamilie haben kann. Jeder denkende Arbeiter liest die „Sozialistische Arbeiterzeitung".

Organisationsnachrichten

SAP Lütgendortmund: Zwecks Teilnahme an der Maifeier treffen sich die Genossen 8.30 Uhr am Bahnhof Süd. Die Ortsgruppen Lütgendortmund, Marten und Oespel treffen sich in Oespel und gehen zusammen zum Buchenheim (Krukel). Das Referat hält Hein van Wijk (Holland, OSP).

Sportschau der SAZ

Fahrpreisermäßigung bei Jugendfahrten

Das Reichsverkehrsministerium hat nachstehende Verfügung erlassen:

Gemäß Verfügung Nr. 404 Tfv. 601, veröffentlicht im „Tarif- und Verkehrsanzeiger der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und der deutschen Privateisenbahnen" Nr. 22 vom 18. April 1932, wird, um die Fahrten Jugendlicher in kleineren Gruppen zu erleichtern mit Gültigkeit vom 20. April 1932 gegen jederzeitigen Widerruf längstens bis zum 31. Dezember 1932 als neue Ausführungsbestimmung zur Fahrpreisermäßigung für Jugendpflege festgesetzt:

1. Teilnehmerzahl: „Der halbe Fahrpreis ist mindestens für 6 Erwachsene zu zahlen."

2. Zahl der Führer: „Zugelassen mit gleicher Ermäßigung ist für 5—9 Jugendliche ein Führer und für je weitere 9 Jugendliche, auch wenn diese Zahl nicht voll erreicht ist, noch ein Führer."

Der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände bemerkt dazu:

1. „Die volle Ausnutzung der 50prozentigen Fahrpreisermäßigung ist gewährleistet bei einer Mindestteilnehmerzahl von 5 Jugendlichen und einem erwachsenen Führer.

2. Eine Fahrpreisermäßigung wird aber auch dann gewährt, wenn die Gesamtteilnehmerzahl der Gruppe geringer als 6 ist, z. B. wenn die Gruppe besteht aus 4 Jugendlichen und einem Führer. In diesem Falle muß die Gruppe aber nach der Tarifbestimmung, den halben Fahrpreis für Erwachsene zahlen."

Das Bezirksfest in Südwestsachsen

am 23. und 24. Juli in Wilkau

Nicht genug der Mühe und Sorgfalt kann aufgewandt werden, um dem Bezirksfest zu einem vollen Gelingen zu verhelfen. Es wird Aufgabe aller Vereinsfunktionäre sein, überall und bei allen Gelegenheiten für unser Fest zu werben und zu arbeiten. Wir sind dessen gewiß, daß die Arbeitersportler und Turner nichts versäumen werden, dafür zu sorgen, um dem Aufmarsch den richtigen Charakter zu geben: ein Fest der Arbeiterschaft, der Gemeinschaft und der werdenden neuen Kultur soll es werden.

Das Hauptprogramm lautet: Sonnabend, den 23. 7.: Einmarsch aller Wettkämpfer auf dem Festplatz. Beginn der Wettkämpfe. Auf den Sportplätzen in Niederhaßlau, Cainsdorf und Bockwa große Fuß- und Handballspiele. 19.30 Werbemarsch des gesamten Bezirksspielmannszugs, anschließend gemeinsamer Abmarsch ins Herbertbad. Offizielle Eröffnung des Bezirksfestes, Beginn des Nachtschwimmfestes. Festspiel: Die Internationale.

Sonntag: Beginn der Gerätwettkämpfe und Fortsetzung der leichtathletischen Wettkämpfe. Propagandamarsch und Konzert der Spielleute auf dem Wilkauer Markt.

Im Herbertbad: Ausscheidungskämpfe im Wasserball. In Niederhaßlau, Cainsdorf und Bockwa Werbespiele der Fuß- und Handballer. 12.30 Uhr Abmarsch der zwei Festzüge. Turnerinnen in Bockwa stellen, Turner und Sportler auf dem Sportplatz in Niederhaßlau. 14.00 Massenübungen, Handballspiel, Läufe, Endkämpfe im Geräteturnen, Massentänze, Fußballspiel um die Festmeisterschaft. 19.00 Schlußkundgebungen auf dem Festplatz.

Das Festsspiel „Die Internationale" kommt auf dem ideal geeigneten Gelände des Herbertbades zur Aufführung und wird neben den Massenfreiübungen und Festzug unserem Fest durchschlaggebenden Werbecharakter verleihen.

Nun, Genossen, rüstet für das Bezirksfest aller Sparten am 13. und 24. Juli in Wilkau.

Jugendleiter des 6. Bezirks im 4. Kreis.

Das Zeltlager an der „Roten Grube" zu Pfingsten findet nicht statt, da die Witterung wahrscheinlich diese Veranstaltung stark beeinträchtigen würde. Ob sie in einem zentralen Ort unseres Bezirkes im Sommer (nach Wunsch einzelner Jugendgruppen) doch noch durchgeführt wird, steht noch nicht fest.

An die Berliner Arbeiterschaft!

Parole am 1. Mai: Geschlossene Arbeiterfront gegen Faschismus und Reaktion

Am 24. April ist es den Nationalsozialisten gelungen, eine Bresche in die Front der klassenbewußten Arbeiterschaft zu schlagen. Viele kommunistische und sozialdemokratische Wähler haben sich für Hitler entschieden.

Es wäre ein müßiges und gefährliches Beginnen, diese Tatsache zu leugnen oder zu vertuschen.

Die Arbeiterschaft hat eine Schlacht verloren!

Das Wahlergebnis vom 24. April ist Sturmzeichen und Warnung, es muß sein:

Signal zum Sammeln!

Nach der verlorenen Schlacht muß das Proletariat die Ursache der Niederlage erkennen und seine Kräfte entsprechend formieren.

Der Einbruch in die Arbeiterfront war dem Klassengegner nur möglich dank der Politik des Reformismus, die breite Massen am Sozialismus irre gemacht und den Nazis in die Arme getrieben hat, und infolge der ultralinken Politik der KP-Führung.

Arbeiter! Klassengenossen!

Heute steht der Faschismus unmittelbar vor der Regierungsübernahme, daher ist es notwendiger denn je, die überparteiliche, antifaschistische Einheitsfront zu schaffen.

Das antifaschistische Kartell ruft auf zum geschlossenen Aufmarsch des revolutionären Proletariats am 1. Mai:

Gegen Faschismus und Reaktion!

Gegen imperialistische Kriegsgefahr! Für die Verteidigung der Sowjet-Union!

Gegen die Notverordnungspolitik!

Gegen Gehalts- und Lohnabbau! Für die 40-Stunden-Woche!

Für die Schaffung antifaschistischer Kartelle und überparteilicher Klassenwehren!

Das Aktionskomitee des Antifaschistischen Kartells Berlin

I. A. Hans Gostomski.

Maidemonstration Berlin

Aufmarschplan

Baugewerksbund, Deutscher Metallarbeiterverband, Verband der Kupferschmiede Gartenstraße, Spitze Bernauer Straße, sowie Gartenplatz.

Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, Verband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Deutscher Musiker-Verband, Deutscher Landarbeiter-Verband und Deutscher Melkerverband Lothringer Straße, Spitze Rosenthaler Platz.

Baugewerksbund: Kleiner Tiergarten, Spitze Wilsnacker Straße.

Baugewerksbund: Landsberger Platz.

Deutscher Lederarbeiter-Verband: Bülowplatz.

Baugewerksbund: Engelufer, Gewerkschaftshaus.

Bekleidungsarbeiter, Hutarbeiter, Friseure: Sebastianstraße, Spitze Alte Jakobstraße.

Gesamtverband: Michaelkirchplatz.

Einheitsverband der Eisenbahner: Küstriner Platz.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands: Andreasplatz.

Deutscher Holzarbeiter-Verband: Am Köllnischen Park.

Verband der Maler: Melchiorstraße, Spitze Adalbertstraße.

Verband der Sattler und Tapezierer, Zentralverband der Schuhmacher, Deutscher Textilarbeiter-Verband: Engelufer, Spitze Köpenicker Straße.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund: Mariannenplatz, Spitze Bethanienufer.

Baugewerksbund: Bahnstraße (Bahnhof Großgörschenstraße).

Baugewerksbund: Reuterplatz (Neukölln)

Zentralverband der Maschinisten und Heizer: Lausitzer Platz.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zentralverband der Schornsteigergesellen: Mariannenplatz.

Zentralverband der Steinarbeiter: Bethanienufer, gegenüber Gewerkschaftshaus.

Allgemeiner freier Angestelltenbund: Naunynstraße, Spitze Oranienplatz.

Graphische Industrie (Buchdrucker, Buchbinder), Verband der Lithographen und Steindrucker, Verband der graphischen Hilfsarbeiter: Alte Jakobstraße, Spitze Neuenburger Straße.

Gehörlose Gewerkschaftskollegen treffen sich um 11 Uhr am Köllnischen Park und schließen sich an den Zug der Holzarbeiter an. Auf dem Lustgarten nehmen die gehörlosen Kollegen vor der Rednertribüne Aufstellung.

Spandau: Die Spandauer Gewerkschaftsgenossen treten mittags um 1 Uhr in der Bethkestraße an. Abmarsch 1 Uhr zum Stadion in Hakenfelde. Der Zug trifft dort gegen 2 Uhr nachmittags ein.

Die Arbeitersänger treffen sich am 1. Mai, vormittags 9.30 Uhr, im Saalbau Friedrichshain. Diejenigen Sänger, die sich im Saalbau Friedrichshain nicht rechtzeitig einfinden können, treffen sich um 11 Uhr im Lustgarten.

Der Abmarsch von den Sammelplätzen zur gemeinsamen Demonstration im Lustgarten erfolgt um 11.30 Uhr.

Arbeiter-Schach

Die Vereine Crimmitschau-Oberbohndorf, Werdau, Planitz, trugen am Sonntag gegen Reichenbach, Netzschkau, Neumark und Cunsdorf ein Werbespiel aus. Gespielt wurde 3½ Stunden an 39 Brettern mit dem Resultat 20 : 18. Zum Teil wurden sehr interessante Partien geliefert. Es wäre zu wünschen, daß öfters größere Schachwettkämpfe stattfänden.

Die Freie Turnerschaft Ratingen veranstaltet heute Samstag ein Schau- und Werbeturnen im Lokal „Ratinger Hof". Das Programm sieht Reck-, Barren-, Pferd- und gymnastische Uebungen vor. Der Eintrittspreis beträgt für Vollarbeiter 40 Pf., für Erwerbslose 20 Pf. Die Arbeiterschaft wird gebeten, die Veranstaltung, die um 20 Uhr beginnt, zahlreich zu besuchen.

Stärkt unsere Presse!

Kauft Gutscheine!

An sämtliche Ortsgruppen u. Bezirksleitungen der SAP

Wir gebrauchen für unser Archiv die genauen Resultate der Wahlen vom 24. April 1932. Die Genossen werden gebeten, die Zahlen unverzüglich unserm Büro zu melden. Wenn möglich, sind Vergleichszahlen früherer Wahlen mit anzugeben. Der Parteivorstand.

Organisationsnachrichten

SAP:

Bezirksverband Berlin: Groß-Berliner Mitgliederversammlung Mittwoch, 11. 5., Lokal wird noch bekanntgegeben. — Sitzung des engeren Bez.-Vorstandes Freitag, 6. 5., im Sekretariat, Magazinstr. 12a.

Ortsgruppe Wedding: Bildungskursus, Paul Fröhlichs nächster Abend Dienstag, 3. 5., 19.30 Uhr, bei Klinge, Sellerstr. 14 (Wesen der Diktatur, bürgerliche oder proletarische Diktatur). Gäste willkommen.

SJV:

Heute, Sonnabend, 30. April:

Spandau: Arbeitsgemeinschaft.

Unterbezirk Tempelhof: Im Heim Tempelhof, Götzestraße: „Die Genossen und der Genosse in der Bewegung."

Unterbezirk Schöneberg: Unterbezirksmitgliederversammlung im Heim, Hauptstraße.

Mitteilungen der BL:

EBL und Referentenschule: Montag im neuen Heim, Magazinstr. 12a (über dem „Postkeller"). Thema: Jüngeren und Aelterenarbeit.

1. Mai: Geschlossene Beteiligung an der Lustgartendemonstration der freien Gewerkschaften. Auskunft bei den AB und den UB-Leitern. Im Lustgarten Verkauf des „Jungprolet" und sonstiger Zeitungen. Nachmittags geschlossene Beteiligung ab 15.30 Uhr bei Kliems, Hasenheide.

Bezirksversammlungen des Deutschen Buchdrucker-Verbandes: Donnerstag (Himmelfahrt), 5. Mai, 10 Uhr: 1. Bezirk (Nachtarbeiterbezirk) im „Dresdener Garten", Dresdener Str. 45. Referent und Thema werden in der Versammlung bekanntgegeben. — Montag, 2. Mai, 19 Uhr: 1. Bezirk, NW (Moabit, ein Teil des Wedding) in den „Arminius-Festsälen", Bremer Str. 72/73. Ref.: Ernst Neumann: „Arbeitsbeschaffung". 2. Bezirk, N (Wedding, Gesundbrunnen, Wittenau, Reinickendorf, Borsigwalde, Tegel, Hennigsdorf) im „Schultheiß-Patzenhofer", Chausseestraße 64. Referent: Dr. Otto Friedländer: „Wirtschaftskrise und Arbeitsbeschaffung" (Forts.). 3. Bezirk, NO (Schönhauser Allee, Pankow, Niederschönhausen, Prenzlauer Allee, Weißensee) in den „Kasino-Festsälen", Pappelallee 15. Referent: Gottlieb Reese: „Rückblick und Ausblick." 4. Bezirk, O (Landsberger Allee, Frankfurter Allee, Lichtenberg-Friedrichsfelde) im Restaurant „Frankfurter Hof", Frankfurter Allee 313. Referent und Thema werden in der Versammlung bekanntgegeben. 5. Bezirk, SO (Schlesisches Tor, Görlitzer Bahnhof, Kottbuser Tor, Treptow) im „Gewerkschaftshaus", Engelufer 24/25, Saal 4. Referent und Thema werden in der Versammlung bekanntgegeben. 6. Bezirk, S und SW (Hallesches Tor, Tempelhof, Mariendorf) im Restaurant „Schultheiß-Brauerei", Kreuzberg, Lichterfelder Straße 11/17. Ref.: August Niemann: „Ein kritischer Rückblick auf die letzten Wahlen." 7. Bezirk, W (Schöneberg, Wilmersdorf, Friedenau, Steglitz, Groß-Lichterfelde usw.) im Restaurant „Piccadilly", Schöneberg, Ebersstraße 80. Referent: Paul Gehring: „Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB." 8. Bezirk, Neukölln (Britz, Buckow) im Restaurant „Bergschloßhöhe", Neukölln, Karlsgartenstr. 6/10. Ref.: R. Albrecht: „Einst und Jetzt — Kollegialität im Widerstreit der Meinungen." — Montag, 2. Mai, 19½ Uhr: 9. Bezirk Charlottenburg (Spandau) im Restaurant A. Reimer, Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 21. Referent und Thema werden in der Versammlung bekanntgegeben. 10. Bezirk, Köpenick (Vororte an der Görlitzer Bahn, an den Vorortstrecken Erkner und Strausberg sowie in der Nähe liegende Vororte) im Restaurant „Ruhwald" in Köpenick, Berliner Str. 18. Referent: Emil Barth: „Mehrwert und Kapital-Kapitulation."

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstein, für Inserate: Johannes Hoffmann, Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H. Druck Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung" erscheint täglich außer Montags

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904.

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.

Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM. 2,10 und RM —.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10 und RM —.36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM. 2,10 monatlich zuzüglich RM. 1,30 Porto.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.

Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H." Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 1539 28.

Staats-Theater

Oper U. d. Linden
Sonnabend, 30. April
19½—gegen 22¾ Uhr:
Carmen

Schauspielhaus
a. Gendarmenmarkt
Sonnabend, 30. April
20 — 22.30 Uhr
Die endlose Straße

Schillertheater
Charlottenburg, Himmelfahrtstraße
Sonnabend, 30. April
20 — gegen 23 Uhr:
Cyrano von Bergerac

Volksbühne
Theat. a. Bülowpl.
D 1 Norden 2946
Sonnabend, 30. April
8 Uhr:
Zum letzten Mal:
Liliom

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E 7 Weichsel 3422
Sonnabend, 30. April
6 u. 9 Uhr:
Die Frau, die jeder sucht

Werbt für die SAZ

Inserieren bringt Gewinn!

KINO FÜR JEDERMANN
Potsdamer Str. 4, im Voxhaus / am Potsdamer Platz B 1 Kurf. 2334.
ab Freitag, den 29. April
Die größte Filmschöpfung aller Zeiten:
Ben Hur
(Tonfassung)
Hauptrolle: Ramon Novarro
Außerdem:
Das große tönende Beiprogramm
Ufa-Tonwochenschau
Tägl. ab 9 Uhr vorm.
Sonntag, ab 3 U. nachm. bis 1 U. nachts
Einzig. Tag- u. Nachtkino Berlins

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Lilian Harvey in
2 Herzen und 1 Schlag

Theater des Weddings
Müller-, Ecke Sellerstraße
Hans Albers, Käthe v. Nagy in
Der Sieger
dazu:
Aufforderung zum Tanz
mit Eugen Rex

PRATER Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 9
nur 4 Tage, bis 2. Mai
Sergeant X
(der erste Ivan Mosjukin-Tonfilm)
mit Trude v. Molo und Peter Voss
dazu:
Sensation in der Wüste
Kampf mit den Riffkabylen, ein Film voller Hochspannung
außerdem:
Jeder fragt nach Erika
musikalisches Lustspiel mit Lya Mara, R. A. Roberts, P. Westermann, E. Verebes
Einlaß ½5 Uhr
Erwerbslose 50 Pf.
Mittags von 11—½1 Uhr:
Panzerkreuzer Potemkin
Eintritt 50 Pf.
Sonntag 2.30 Uhr: Gr. Jugendvorstellung
Eintritt 20 Pf.

Werbt Abonnenten

Lichtspiele am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
Felix Bressart in:
Holzapfel weiß alles
dazu:
Ehe auf Probe

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
Der Frauendiplomat
und
Niemandsland

Elysium-Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
Das große Doppelprogramm:
Jenny Jugo in
5 von der Jazzband
dazu
Siegfried Arno, R. A. Roberts in
Der schönste Mann im Staate
Sonntag, 3 Uhr, große Jugendvorstellung

M·I·L·A
Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
Bis Donnerstag, den 5. Mai:
Willy Forst als
Peter Voss, der Millionendieb
dazu auf der Bühne das große lustige Ausstattungs-Singspiel
Geisha-Abenteuer
unter Mitwirkung bekanntester Künstler Berliner Bühnen und das große Mila-Theater-Orchester
Himmelfahrt: 3.15 Uhr

Notzeit — Notpreise!
Kein Laden
Lindower Straße 18/19.
Seitenflügel, nirgends so billig.
Militärschuhe 2,75; Stiefel 3,75; neue Schlafdecken 0,95, 1,65; Monteurjacken und Hosen 1,20; Militärunterhosen und Hemden 0,75; Laufschuhe 0,90 Mark; neue Arbeitshosen, englisch Leder 3,80; neue Schnürschuhe, Militärart, Vollleder (kein Spaltleder) 4,90; neue Militärtuchschuhe, Ledersohle, 1,30 Mark; Militär-Drelljacken 1,10; Hosen 1,10; Ia Windjacken 6,85; neue Ia Vollleder-Schaftstiefel 11,75; neue Strickwesten 1,60; neue Ia Reinwollsocken 0,75; reinwollene Pullover 2,90; guterhaltene schwere Winterjoppen 5,00. Alles zum Ausschuchen. Militärröcke für Arbeitszwecke 2,80 M.; neue Hosen, gebrauchte Hosen 3 M.; neue feldgraue Tuchhosen 8,75; Ia Manchesterhosen 5,75; Ia Köperbarchent-Arbeitshemden 1,95; Militär-Strickjacken, gebr. 1,20; Militär-Fausthandschuhe, wasserdicht, warmgefüttert, 1,00; Rucksäcke, neue Lederjacken; Schlosserhemden; Packerblusen, Arbeitskittel, Breecheshosen 4,90. Besichtigen Sie mein Lager ohne Kaufzwang. Versand nach außerhalb gegen Nachnahme. Umtausch gestattet. Einzelverkauf Siegmund Schwarz, Bekleidungsversand 3 Berlin N 65, gegenüber Bahnhof Wedding, Lindower Straße 18/19

Liest den Klassenkampf

„Tasche her, oder ich schieße"

Ein Postbeamter überfallen und beraubt — Die Täter im Auto entkommen

Ein Ueberfall von unerhörter Kühnheit und Dreistigkeit wurde am Freitag vormittag in Zepernick bei Bernau auf einen Postbeamten verübt. Bei einem Bestellgang überfielen zwei Insassen eines Autos den Postsekretär Schlieper und beraubten ihn mit vorgehaltenem Revolver seiner Geldtasche mit einem Inhalt von 3000 Mark.

Schlieper hatte in Bernau die für Zepernick bestimmten Rentengelder in Empfang genommen, die dort in den Vormittagsstunden an die Unterstützungsberechtigten zur Auszahlung gelangen sollten. Diese Ueberweisung der Gelder durch die Post wird in jedem Monat mehrmals vorgenommen und wurde seit Jahren von Schlieper ausgeführt. Der Beamte bewahrte das Geld in einer Umhängetasche auf und wurde heute morgen an der Ecke der Schiller- und Uhlandstraße in Zepernick von zwei Automobilisten in einem dunkelblauen Kleinauto überholt. Die Leute stoppten den Wagen kurz ab, sprangen aus dem Auto und stürzten sich mit vorgehaltenen Pistolen auf den Postbeamten mit dem Rufe:

„Tasche her oder ich schieße!"

Als dieser sich zur Wehr setzen wollte, schlug einer der Räuber auf Schlieper ein, so daß dieser taumelte. In diesem Augenblick schnitten die Räuber dem Beamten die Geldtasche ab und flüchteten mit ihrer Beute nach dem Auto, mit dem sie in Richtung Bernau davonfuhren.

Die Räuber sind mit dem Gelde entkommen.

Das Auto soll die polizeiliche Erkennungsnummer IA 75 561 getragen haben. Bisher ließ es sich noch nicht feststellen, ob dieses Auto irgendwo gestohlen worden ist.

Alle in der Umgegend liegenden Landjägerstationen wurden von dem Raubüberfall in Kenntnis gesetzt und zur Fahndung nach den Räubern aufgefordert. Die Chausseen wurden von den Beamten besetzt und die Waldungen bei Lanke, wo man das Räuberauto zuletzt gesehen hatte, von den Polizisten durchstreift. Auch die Berliner Schutzpolizei hat sich an den Verfolgungsarbeiten beteiligt und die Zugangsstraßen nach Berlin einer Kontrolle auf Automobilisten unterzogen. Bis zur Mittagsstunde ist es noch nicht gelungen, die Räuber zu ermitteln.

Wirths Aufklärungs-Gelder

Im Haushaltsausschuß des Reichstages kamen dieser Tage auch die Beträge zur Sprache, die dem damaligen Minister Wirth vor den Septemberwahlen 1930 vom Kabinett zur Verfügung gestellt worden sind. Insgesamt handelte es sich um einen Betrag von 496 000 Mark, die angeblich zur „Aufklärung des Volkes" dienten. Hierzu wurde festgestellt:

1. Belege oder Verwendungsnachweise über diese halbe Million Wahlgelder finden sich nicht mehr vor, so daß der obersten Kontrollbehörde, dem Rechnungshof des Deutschen Reiches, eine Prüfung nicht mehr möglich ist.

2. Der Innenminister Wirth hat lediglich eine Bescheinigung zu den Akten gebracht, daß er sich von der ordnungsmäßigen Verwendung der Gelder überzeugt habe.

Die Vertreter der Deutschnationalen wiesen darauf hin, daß, wenn dies Verfahren gebilligt würde, jede Ordnung im Haushalt aufhöre und die Steuergelder zur beliebigen Verwendung der einzelnen Minister ständen. Es entspann sich eine lange Debatte, in der die Vertreter der Reichsregierung immer wieder erklärten, sie könnten keinerlei Auskunft geben. Darauf stellten die Deutschnationalen den Antrag, zu beschließen, für die in der Haushaltsrechnung 1930 beim Reichsministerium des Innern ausgewiesene außerplanmäßige Ausgabe von 496 000 Mark die nach § 83 der Haushaltsordnung notwendige Genehmigung zu versagen. Für den Antrag stimmten außer den Deutschnationalen (die Nationalsozialisten waren nicht anwesend) ein Vertreter der Deutschen Volkspartei und die Kommunisten. Gegen den Antrag stimmten die Zentrumsabgeordneten, von denen einer sich der Stimme enthielt, sowie der deutschvolksparteiliche Abgeordnete Dr. Cremer. Die Sozialdemokraten enthielten sich geschlossen der Abstimmung. Der Antrag wurde damit angenommen.

Die Aufregung der Deutschnationalen über diesen Vorfall ist lediglich vom Parteineid beeinflußt. Es ist auch gar nicht entscheidend, ob die von Wirth beliebte Abrechnungsweise anfechtbar ist oder nicht, sondern der ganze Fall erhält seine Bedeutung dadurch, daß aus ihm aufs neue hervorgeht, wie unbedenklich eine Regierung die öffentlichen Kassen in Anspruch nimmt, um sich an der Macht zu halten. Immerhin ist die „Großzügigkeit", mit der Wirth über die ihm zur Verfügung gestellten Beträge quittiert hat, auch nicht ganz gleichgültig. Man möchte über die Art der Verwendung dieser Gelder sehr gerne Näheres erfahren, da man hierdurch manche nützliche Aufhellung über die „Unabhängigkeit" gewisser Politiker und — was nicht minder interessant wäre — gewisser Blätter erhalten würde. Einen gewissen Rückschluß in dieser Richtung gewährt ja wohl schon die vorgenommene Abstimmung.

Die harmlosen Kriegsschiffe

TU. Genf, 29. April 1932.

Im Flottenausschuß hat der amerikanische Senator Swanson eine viel beachtete Erklärung über die Haltung der amerikanischen Regierung in der Flottenfrage abgegeben. Er erklärte, daß die amerikanische Regierung unter keinen Umständen ein Abrüstungsabkommen unterzeichnen werde, das zu einer Abschaffung der Linienschiffe führe. Das gesamte Verteidigungssystem der Vereinigten Staaten beruhe auf der Flotte und in erster Linie auf den großen Linienschiffen. Die Linienschiffe bedeuteten jedoch keine Drohung für irgendeinen anderen Staat. Eine wesentliche Herabsetzung der Flottenrüstungen sei nur denkbar, wenn die französische und italienische Regierung dem Londoner Flottenabkommen beitreten. Im übrigen würde im Jahre 1935 die nächste Flottenkonferenz stattfinden, auf der dann über die weiteren Maßnahmen verhandelt werden würde.

Der Vertreter der italienischen Regierung gab daraufhin eine außerordentlich scharfe Erklärung ab, nach der die italienische Regierung im Gegensatz zur amerikanischen Auffassung die Linienschiffe als die schwersten und gefahrdrohendsten Angriffswaffen ansieht und eine Abschaffung der Linienschiffe gemeinsam mit den Unterseebooten als das wirksamste Mittel einer Herabsetzung der Seerüstungen betrachtet.

Auch der

deutsche Panzerkreuzer

kam in Genf zur Sprache. Natürlich betont auch der deutsche Vertreter ab, daß dieser irgendwie eine Gefahr darstelle. Seinem ganzen Bau nach habe das Schiff „reinen Verteidigungscharakter." Was aber sind denn dann Angriffswaffen, wenn Linienschiffe und Panzerkreuzer nur der Verteidigung dienen?

Was den Panzerkreuzer angeht, so wurde vor allem die Höhe seiner Kosten kritisiert. Auch dieser Kritik trat der deutsche Vertreter entgegen. Er tat dies auf seine eigene Weise, indem er erklärte:

„Kein verantwortlicher deutscher Beamter würde auf sich nehmen können, den Bau eines Schiffes zu befürworten, das in einem etwaigen Krieg lediglich als Kanonenfutter für die fremden Flotten dienen könnte. Dies würde bedeuten, daß die durch die Steuern aufgebrachten Millionen eines Volkes, das an sich schon in schwersten finanziellen Nöten lebe, einfach ins Wasser geworfen würden."

Die Logik dieser etwas seltsamen Argumentation wäre also, daß ein Land um so kostspieligere Schiffe bauen muß, desto schwerer seine finanziellen Nöte sind. Damit eröffnen sich ja schöne Aussichten!

Gnadenfrist für Buresch

Wien, 28. April 1932.

Im Nationalrat bezeichnete der sozialdemokratische Redner Bauer die Wahlen vom Sonntag als schwere Niederlage des ganzen Regierungssystems. Nur die Tatsache, daß die Regierung zur Zeit in wichtigen Verhandlungen mit dem Ausland stehe, könne nur noch eine kurze Gnadenfrist geben. Bedauern müsse man, daß der Bundeskanzler in seiner Rede sich allzu weit den französischen Gedankengängen genähert habe. Die Sozialdemokratische Partei lehne jede politische Bindung, jede ausländische Finanzkontrolle und auch jeden Eingriff des Auslandes in die soziale Gesetzgebung bedingungslos ab. Der Redner beantragte baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch den der Nationalrat vor Ablauf seiner Laufzeit aufgelöst werden soll.

Der Heimatblock-Abgeordnete Hueber forderte sofortige Auflösung des Nationalrats. Dr. Straffner vom Nationalen Wirtschaftsblock bezeichnete die Wahlen als eine Protestkundgebung dagegen, daß Oesterreich verhindert worden sei, die Zollunion mit dem Deutschen Reich einzugehen, und daß man es nun zwingen wolle, seiner Wirtschaft abträgliche Verbindungen einzugehen. Er beantragte gleichfalls die Auflösung. Der Landbund-Abgeordnete Tauschitz erklärte, der Landbund würde Neuwahlen ruhig entgegensehen.

Auf Anregung des Bundeskanzlers wurde schließlich ein Antrag der Christlichsozialen angenommen, die Auflösungsanträge dem Verfassungsausschuß zu überweisen.

Erklärungen Ismet Paschas

TU. Moskau (über Kowno), 28. April 1932.

Der türkische Ministerpräsident Ismet Pascha erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter der Telegraphen-Agentur der Sowjetunion, daß die türkisch-russische Freundschaft nur die Aufgabe habe, den Frieden zu befestigen. Er sei nach Moskau gekommen, um die durch Litwinow und Karachan in Angora und durch Ruschdy Bey in Moskau eingeleiteten Verhandlungen weiterzuführen, die einen engeren Zusammenschluß auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet zum Ziele hätten. Weiter betonte Ismet Pascha seine große Freude, die Führer der Sowjetregierung kennen zu lernen, von denen er so viel Gutes und Kluges gehört habe. Der Ministerpräsident äußerte seine Befriedigung über die freundliche Aufnahme auf sowjetrussischem Boden und ging dann auf die wirtschaftliche Lage der Türkei ein. Die Türkei sei ein Agrarland, das nicht nur um seine politische Selbständigkeit, sondern um seine wirtschaftliche Unabhängigkeit kämpfe.

Belagerungszustand in Nikaragua

TU. Mexiko-Stadt, 28. April 1932.

Infolge der blutigen Unruhen in Nakaragua ist in allen Landesbezirken an der Atlantischen Küste der Belagerungszustand verhängt worden. Militär steht bereit, um die Aufständischen in Schach zu halten.

Malverbot in Mecklenburg

Schwerin, 28. April 1932.

Das mecklenburgische Ministerium des Innern macht darauf aufmerksam, daß die Bestimmungen der Bekanntmachung vom 4. November 1931 über das Verbot von Versammlungen und Aufzügen unter freiem Himmel auch für die am 1. Mai üblichen Umzüge Geltung haben. Ausnahmen werden vom Ministerium nicht zugelassen werden.

TARASSOFF-RODIONOFF
SCHOKOLADE

Nach dem russischen Original angeführt und ohne Aenderungen übersetzt von Alexandra Ramm
Copyright by Franz Pfemfert, Berlin Wilmersdorf.

37. Fortsetzung und Schluß.

„Man wird sich deiner annehmen, man wird für die Kinder sorgen; kurz, du wirst nicht umkommen. Außerdem bist du ganz frei. Vielleicht kehre ich gar nicht zurück. Ich werde nicht beleidigt sein, wenn du hier einen anderen heiratest, wenn er nur ein ebenso ehrlicher und aufrechter Mensch sein wird wie ich. Im Gegenteil, das wird viel natürlicher sein, als hier wie eine Nonne zu sitzen und sich das Leben zu versauern in Erinnerungen. Natürlich darfst du dabei die Kinder nicht vergessen. Aus ihnen müssen gute und starke Menschen werden, die das Leben an der Kehle zu fassen verstehen und sich nicht beugen!"

„Ljoscha, ich habe Angst! Du spricht so seltsam, als ob du wirklich Abschied für immer nimmst. Oder verbirgst du vor mir etwas Schreckliches?"

„So ein Dummkopf! Was soll ich vor dir verbergen? Mich bedroht absolut nichts Schreckliches. Würde ich mich denn sonst so benehmen? Nur sehe ich die Sache nüchtern an: ich muß bald sehr weit verreisen und wer weiß, wann und ob ich zurückkehre, vielleicht werden wir uns gar nicht mehr sehen. Der Befehl zur Abreise kann jeden Moment eintreffen, vielleicht muß ich schon morgen früh abfahren, dann wird diese heutige Zusammenkunft ohne unseren Willen vielleicht die letzte sein. Darum komm! Wir wollen voneinander Abschied nehmen, als gelte es für immer — um so freudiger wird ein neues Zusammentreffen sein. Das ist alles!" — Sie umfaßten sich zärtlich. Er tritt zurück und streichelt das Haar der erschrockenen Kinder.

Nur Lisa fuhr fort, nervös zu schluchzen.

„Ach Ljoscha, Ljoscha, wenn du gewußt hättest, wie schwer das ist! Welche schreckliche Qual, als ob unser ganzes Leben auf einmal ausgewischt wird. Gewiß bin ich auf dich stolz, und wie! Du bist doch mein Kluger, mein Einziger! Du bist doch nicht so wie die anderen! Darum liebe ich dich ja so wahnsinnig. Aber ohne dich zu leben, zu wissen, daß du irgendwo in der Welt dich allein herumschlägst, daß du vielleicht krank, vielleicht umgekommen bist, und ich es nicht weiß und niemals erfahren werde, — sage doch, kann es eine schlimmere Folter geben?! Ach, Ljoscha, Ljoscha, ich habe keine Kraft mehr! Das geht so das ganze Leben; seit ich dich getroffen habe, muß mein Herz dauernd um dich leiden! Und erst jetzt! erst jetzt! . . ."

In hoffnungslosem Schmerz ließ diese uninteressante blasse Frau ihren durchsichtigen, vom Weinen fließenden Blick sinken, als suche sie dort unten in der Tiefe etwas . . . aber finde es nicht.

„Lisa, hier ist die Regel, daß Besuche nicht mehr als zehn Minuten dauern dürfen; wir haben schon die Zeit überschritten. Du mußt aufbrechen, Liebste. Komme lieber morgen, nachdem du dich vorher telephonisch erkundigt hast, ob ich noch nicht abgereist bin."

Lisa atmet schwer und tief auf und beginnt, sich zum Aufbruch vorzubereiten, indem sie sich das wollene Tuch über den Kopf zieht.

„Ja noch etwas! Fast habe ich vergessen, dir das Wichtigste mitzuteilen: was ich dir von meiner Reise erzählt habe, ist ein großes Parteigeheimnis. Davon darf niemand je etwas erfahren. Du verstehst doch? Du mußt mir schwören, daß du keiner Menschenseele jemals ein Wort davon sagen wirst, das wäre mein Tod. Du verstehst doch? Außer drei Mitgliedern des Zentralkomitees und dir weiß kein Mensch davon. Für alle andern wird es heißen und auch öffentlich bekannt gemacht werden, daß Sudin wegen seiner Beziehungen zu den Weißgardisten erschossen wurde. Verstehst du: es wird so veröffentlicht werden: Wegen Mißbrauchs des Vertrauens, wegen Bestechlichkeit. Das alles aber ist nicht wahr. Du weißt jetzt die Wahrheit: ich lebe und bin weit verreist, das ist alles . . .

Nun lebe wohl, Lisotschka! Bleibe fest und deines Mannes würdig!"

Er küßt in aller Eile die Kinder, und über den Tisch gebeugt, gestützt auf die Ellenbogen, sieht er, seinem Gesicht gewaltsam einen lächelnden Ausdruck gebend, wie die vor Schmerz geknickte Frau durch die Tür geht und wie die Kinder sich ängstlich an sie drängen, und noch später, schon aus der Entfernung, vernimmt er wieder ihre klangvollen, so bekannten, so lieben Stimmchen.

Jetzt hielt es Sudin nicht länger aus. Er warf sich aufs Bett. Er begann lautlos zu weinen, am ganzen Körper zitternd. Er zerbiß mit den Zähnen das Kissen .

Alles vorbei. Vor ihm nur noch ein kleiner, unansehnlicher, langweiliger, leerer Augenblick, dann — der Tod.

Vorbei ist vorbei! denkt Sudin, und es gibt gar nichts mehr, nichts, nicht einmal den Tod, weil es den nicht gibt. Für einen lebendigen Menschen gibt es keinen Tod. Und der tote Mensch fühlt ihn nicht. Gewiß, vom persönlichen Standpunkte ist es schwer und beleidigend, sich vom Leben zu trennen.

Es ist ärgerlich, daß sie mich nicht nur töten, sondern besudeln, und daß alle glauben werden, daß ich, Sudin, der Vorsitzende der Gouvernementstscheka, mich bei Bestechungen ertappen ließ und daß man mich im Namen der revolutionären Gerechtigkeit erschossen hat!

Er erinnert sich an Schustry und lächelt.

Eine bittere Schande für die Kinder, wenn sie heranwachsen und erfahren werden, welche Schmach auf ihrem Namen liegt. Sie werden die Einzelheiten erfahren und ihren Vater verfluchen. War es nicht möglich, dieses zu vermeiden?!

Wie schade, daß er diese Frage in der Unterhaltung mit Tkatschejew nicht berührt hat! Es war ihm gar nicht eingefallen.

Er steckte die Hände in die Taschen, ging zum Fenster und blickt hinaus auf den Fluß. Das Eis ging trotzig und schön, wie früher, obwohl ringsherum alles düster und nebelig war. Unten, hinter der gelben Mauer auf dem steinernen Quai, spielten Kinder; er vernahm unklar ihre Stimmen und sah die Bewegungen ihrer Hände. Ein kleines Mädchen mit einem dünnen Zöpfchen in einem kurzen Plüschmäntelchen sprang auf einem Bein von einem mit weißer Kreide gemalten Karree in das andere, wobei ihr Zöpfchen hüpfte. Sudin erinnert sich an seine Mascha, und wieder würgte ihn etwas im Halse. Aber er überwand sich und setzte sich ruhig an den Tisch.

Vielleicht war es wirklich nicht anders möglich! Wichtig ist doch nur eins: daß die Sache, die Sache nicht leidet. Das allein ist nur wichtig, und alles andere . . . Sudin grübelte.

Was wäre, wenn man ihn erschossen und dann gesagt hätte, man habe einen ehrlichen Genossen erschossen? Aber das wäre ja unsinnig. Das würde keiner verstehen und keiner würde das glauben. Man würde sagen, wenn er unschuldig war, warum habt ihr ihn dann erschossen? Also ist etwas nicht in Ordnung!

Es würden listig jene kichern, die mit gespitzten Ohren gierig in ihre Ecken fette Bissen schleppen unter dem lustigen Lachen ihrer „Sekretärin". Sind denn solcher Wenige?!

Und wieviel Genossen gibt es, die all die Schokoladenbrocken, all die Ballerinen sammeln, all diese Reste, diesen Mist der Vergangenheit! Allen diesen, die an dem alten Luxus kleben, muß man bei jeder Gelegenheit frech ins Gesicht schreien: Denkt an Sudin! Das war solch ein Lump, der wegen der Vergangenheit die Zukunft verraten hat. Wir haben ihn wie ein schädliches Tier, wie einen Hund erschlagen!! Laßt alles Alte, so glitzernd und verlockend es euch auch erscheinen möge, und denkt an die Zukunft.

Wir sind Kommunisten . . .

Was?! Habt ihr Sudin vergessen?!

Mag der Name dieser kläglichen und jämmerlichen Gestalt sich allen diesen ins Gehirn einbrennen und ein Symbol des Verrats und der Niedertracht, des Vergehens an der reinsten und erhabensten Sache, der Revolution werden. In dieser Hartnäckigkeit, in diesem ewigen Vorwärtsbewegen, in diesem Leben für die Zukunft und das Glück der Menschheit besteht der Kommunismus, und für ihn lohnt es zu leben und zu sterben!

Sudin richtete sich stolz und froh auf, seine Augen blitzten kühn, er ging einige Schritte hin und her, setzte sich auf den Tisch und begann ungeduldig mit den Fingern darauf zu trommeln.

Wir hätten keinen Lohnabbau, wenn . . .

Die SPD in ihren Betrieben voran!

Vor uns liegt ein Jahresbericht des Gaues Oder im Verbande der Deutschen Buchdrucker. In den 36 Oktavseiten umfassenden Bericht liest man so manches zwischen den Zeilen, was sonst angeblich vermieden wird, offen auszusprechen. Eine besondere Rolle in den aufs schärfste kritisierten Lohnabbaumaßnahmen oder in der sonstigen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen spielen die Druckereibetriebe der SPD.

„Entweder wird mit weiterem Lohnabbau jetzt endgültig Schluß gemacht, oder die Gewerkschaften in Gemeinschaft mit der SPD sind nicht mehr in der Lage, diese Regierung weiter zu stützen. Leider hat diese Forderung nicht das genügende Echo gefunden. Hätten die Spitzenverbände nicht nur geredet, sondern wären zu Taten übergegangen, und hätten von ihren wirklichen Machtmitteln entsprechenden Gebrauch gemacht, wir hätten weiteren Lohnabbau jedenfalls nicht mehr erlebt."

Das ist ein Standpunkt, den die oppositionellen Kollegen nun schon immer vertreten haben, der dann den Instanzen aber doch immer recht unangenehm in den Ohren klingt.

„Bei den Lohnabbauversuchen haben die Parteigeschäfte keine ruhmreiche Rolle gespielt. Wir haben an der Erhaltung unserer Geschäfte als Arbeiter gewiß ein Interesse, aber oft waren die technisch Beschäftigten die Karnickel, die alles ausbaden sollten. Manchem Kollegen hat man das bißchen Idealismus noch genommen, daß er für die Partei übrig hatte. Es will nun einmal in die Köpfe der Kollegen nicht hinein, daß man in seiner eigenen Zeitung ganz anders schreibt, wie man im Betriebe handelt."

So heißt es an einer anderen Stelle des Berichtes, der nun in den Kurzberichten aus den einzelnen Bezirken entsprechend ergänzt wird.

Eine besondere Rolle in den Lohnabbaumaßnahmen spielen die pommerschen Parteibetriebe unter Leitung jenes „Genossen" Bargmann, dem enge Freundschaft mit dem früheren deutschnationalen Verlagsdirektor Wiese nachgesagt wird. Dieser Freundschaft entsprang ja auch die Herstellung eines Kaisergeburtstags-Klischees im Betriebe des sozialdemokratischen „Volksboten" für die reaktionäre „Pommersche Tagespost". So berichtet der Bezirk Greifswald folgendes:

„Es machen hierbei auch Betriebe keine Ausnahme, von denen man in erster Linie erwarten sollte, daß sie solche Scharfmachertendenzen auch bekämpfen." „Ein Zeitungsbetrieb (gemeint ist der sozialdemokratische „Vorpommer". Die Red.) bereitete des öfteren Schwierigkeiten, wofür man eigentlich keine Worte hat. Man sollte hier endlich einsehen, daß Arbeiterinteressen in diesem Betrieb anders vertreten werden müssen."

Wir wären in der Lage, auch noch von weiteren Parteibetrieben der SPD Dinge ans Licht zu bringen, die der SPD in der Oeffentlichkeit manche Ungelegenheiten bereiten könnten. Wir glauben jedoch, daß die wenigen erwähnten Fälle vollauf genügen, zu zeigen, wie die SPD in ihren eigenen Betrieben ihren kapitalistischen Standpunkt durchaus zu vertreten weiß.

Ist ein Betriebsrat durch Mißtrauensvotum absetzbar?

Eine Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung wurd am 18. April vom Arbeitsgericht Berlin in der Frage gefällt, ob die Belegschaft sich zusammenschließen darf, um den Betriebsrat auf Grund eines Mißtrauensvotums die Gefolgschaft zu versagen und seine Absetzung zu erwirken. Bei einer Berliner Firma war die Mehrzahl der aus über 100 Personen bestehenden Belegschaft mit der Tätigkeit des Betriebsrates unzufrieden geworden. Aus diesem Grunde wurde eine Versammlung einberufen, zu der der Betriebsrat selbst nicht geladen war. Die Angestellten beabsichtigten die Bildung eines Ausschusses, der die Absetzung des unbeliebten Betriebsrates bewirken sollte. Zu diesem Zweck wurden auch Flugblätter herausgegeben und vor dem Gebäude der Firma verteilt.

Da die Geschäftsleitung den Standpunkt vertrat, daß durch diese Vorgänge Unruhe in den Betrieb getragen und ein gedeihliches Zusammenarbeiten zwischen der Geschäftsleitung und dem bisherigen Betriebsrat gestört worden sei, sprach sie gegen den Angestellten Mews, der die Opposition gegen den Betriebsrat geführt hatte, die fristlose Entlassung aus.

Gegen diese Entlassung hatte Mews Einspruch eingelegt, der zur Verhandlung vor dem Arbeitsgericht gelangte. Das Gericht vertrat die Auffassung, **daß es bei dem Betriebsrat nicht die sogenannte Vertrauensfrage gäbe.** Das Gesetz kenne nur drei Möglichkeiten für das Ende der Tätigkeit eines Betriebsrats, nämlich Ablauf der Frist, Niederlegung des Amtes seitens des Betriebsrates und Absetzung durch das Arbeitsgericht. Daß sich die Belegschaft nun zusammenschließe, um den Betriebsrat abzusetzen, sei nicht unzulässig. Das Gesetz erlaube das zwar nicht, enthalte aber auch kein direktes Verbot. Ebenso sei es durchaus nicht unzulässig, wenn die Belegschaft Flugblätter verteile, so daß auch darin kein Grund zur fristlosen Entlassung des betreffenden Angestellten erblickt werden könne. Allerdings sei in dem Flugblatt, für das Mews die Verantwortung trage, u. a. gesagt, daß die gesetzlichen Maßnahmen nicht ausreichten und daß deshalb die Belegschaft geschlossen und solidarisch Widerstand leisten müsse. Lediglich in diesem Passus, der dazu angetan sei, einen ungesetzlichen Widerstand gegenüber dem bisherigen Betriebsrat und der Geschäftsleitung zu organisieren, sah das Arbeitsgericht eine Pflichtverletzung des Angestellten und bestätigte aus diesem Grunde die fristlose Entlassung.

Aussperrung in den dänischen Schlachtereien

Die große Aussperrung innerhalb der dänischen Genossenschaftsschlachtereien und Privatschlachtereien wird am morgigen Freitag höchstwahrscheinlich zur Tatsache werden, da alle Verhandlungsversuche der Regierung gescheitert sind. Dadurch wird die dänische Ausfuhr von Speck und Schlachthausabfällen vorläufig aufhören.

Der Staat sorgt für hohe Preise

TU. Berlin, 28. April 1932.

Der Reichsrat stimmte in einer Vollsitzung am Donnerstag durch Mehrheitsbeschluß bei Stimmenthaltung Hamburgs einer Verordnung des Reichsernährungsministers über den Zusammenschluß der Feuchtstärkeindustrie zu. Die Verordnung will die Verwertung der deutschen Kartoffelernte dadurch erleichtern, daß sie die Erzeuger von Feuchtstärke zwecks einheitlicher Verwertung ihrer Erzeugnisse zusammenschließt, ähnlich, wie dies Mitte vorigen Jahres hinsichtlich der Trockenstärke geschehen ist. Sie bestimmt, daß Betriebe, die Feuchtstärke herstellen, die sie nicht im eigenen Betriebe verarbeiten und die dem Rohstärkeverband in Berlin nicht angehören, sich diesem Verband als Gesellschafter anzuschließen haben.

Zur Begründung wurde darauf hingewiesen, daß die Feuchtstärke-Industrie, von der einige Betriebe noch nicht organisiert sind, in den letzten Jahren unter Absatzschwierigkeiten litt und ihre Erzeugnisse nur zu Preisen absetzen konnte, die unter den Vorkriegspreisen lagen. Der Zusammenschluß werde eine **stetige Preispolitik sicherstellen und die bisherigen Preisunterbietungen** der Feuchtstärkeverbände untereinander ausschließen.

Diese zugunsten der Junker und der mit ihnen versippten Industrie durchgeführte Zwangskartellierung ist ein Skandal. So werden künstlich die Preise hochgehalten bzw. Preissenkungen mit staatlichen Mitteln verhindert.

Wie stimmen die Frauen bei der Wahl?

TU Köln, 26. April 1932.

Der „Westdeutsche Beobachter" gibt eine Uebersicht über die nach Männern und Frauen getrennt gezählten Wahlstimmen in Köln, wonach sich ergibt, daß bei einer Wahlbeteiligung von 74,9 vH Männern und 61,5 vH Frauen die Frauenstimmen allein beim Zentrum stark überwiegen. Das Verhältnis ist nach dieser Aufstellung im Hundertsatz für die einzelnen Parteien folgendes:

(Die erste Zahl bedeutet die Verhältniszifer für Männer, die Zahlen in Klammern die Verhältniszifer für Frauen.)

Zentrum	21,0	(37,2)
NSDAP	29,9	(24,3)
DNVP	2,1	(2,4)
DVP	3,1	(3,4)
SPD	17,0	(14,0)
KPD	21,6	(13,4)

Die Frauen beteiligen sich demnach weit schwächer an der Wahl als die Männer. Sie sind auch viel kirchlicher eingestellt als die Männer. Daraus zieht vor allem das Zentrum den Nutzen. In anderen Bezirken sind es heute vor allem die Nazis, denen die Stimmen der politisch unklaren Frauen zufallen.

Lohnraub auf der ganzen Front

Wie zu erwarten war, setzt durch die Massenkündigung der Tarife zum 30. April der Vorstoß der Unternehmer und Schlichtungsbehörden gegen die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf allen Industrie- und Gewerbezweigen jetzt mit voller Wucht ein. Infolge des bisherigen passiven Verhalten der Gewerkschaften sind die Unternehmer überall in der Offensive. Sie werden dabei vom Reichsarbeitsministerium nicht nur unterstützt, sondern, wie die bisherigen Auslassungen Stegerwalds und auch seine neueste Rede vor den katholischen Arbeitervereinen in Erfurt beweisen, hat **die Regierung die Führung in der Offensive** zur Verschlechterung der Tarife übernommen. Zu den bereits gemeldeten Unternehmervorstößen bei den Gastwirtsangestellten und anderen Berufen kommen heute eine Reihe neuer Meldungen über geplante Tarifverschlechterungen.

Provikatorische Abbaupläne in den Brauereien

Die Berliner Brauereiinhaber, die erst vor kurzem versuchten, die Fünftagewoche wieder aufzuheben, stoßen erneut zu einer allgemeinen **Verschlechterung sämtlicher Tarifbestimmungen** vor. Sie haben den Manteltarif gekündigt und verlangen: Aufhebung der Fünftagewoche und Wiedereinführung der 48stündigen Arbeitswoche. Für das Tourenpersonal soll es überhaupt keine Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit mehr geben. Etwa geleistete Ueberarbeit soll durch die auch jetzt gewährten Zehrgelder als abgegolten betrachtet werden. Die seit Jahrzehnten in den Berliner Brauereien gezahlten Wochenlöhne sollen restlos in Stundenlöhne umgewandelt werden. **Die Feriensollen in Fortfall kommen.** Der Ueberstundenzuschlag an Wochentagen soll von 25 auf 10 Prozent herabgesetzt, bei Feiertagsarbeit von 40 auf 25 Prozent und bei Nachtarbeit von 25 auf 20 Prozent gekürzt werden. In Zukunft sollen auch die Mitfahrer Kaution stellen müssen. Des weiteren sollen die Urlaubsbestimmungen (Verkürzung der Urlaubstage) verschlechtert werden.

Nach den Aeußerungen der Verbandsinstanzen werden die Brauereiarbeiter diesen Abbauplänen der Unternehmer schärfsten Widerstand entgegensetzen. Wir hoffen, daß das nicht nur eine leere Redensart ist, sondern daß **sofort die notwendigen Vorbereitungen für den Abwehrkampf** getroffen werden.

Der Tarifkonflikt im graphischen Gewerbe

Im Reichsarbeitsministerium fanden am Freitag Verhandlungen statt über den Antrag der Buchdruckunternehmer auf Verbindlichkeitserklärung des am 16. April gefällten Schiedsspruches. Der Schiedsspruch sieht bekanntlich eine ganze Reihe Verschlechterungen des Manteltarifs, Kürzung der Zuschläge für Schicht- und Sonntagsarbeit, der Lehrlingskostgeldsätze, Verschlechterung der Urlaubsbestimmungen usw. vor. **Die Verhandlungen scheiterten,** weil die Unternehmer nicht um ein Jota nachgaben, sondern die unveränderte Verbindlichkeitserklärung des gefällten Schiedsspruches verlangten. Die endgültige Entscheidung soll nunmehr der Reichsarbeitsminister treffen. Es ist wohl kaum daran zu zweifeln, daß er den Abbauschiedsspruch für verbindlich erklärt.

Am Sonnabend, dem 30. April, finden die Verhandlungen über den Neuabschluß des ebenfalls gekündigten Buchdrucker-Lohntarifs statt. Auch hier fordern bekanntlich die Unternehmer einen rabiaten Abbau, obwohl sie ihre Forderungen noch nicht in bestimmten Anträgen formuliert haben.

Geradezu unglaublich ist das Verhalten der Verbandsleitung der Buchdrucker gegenüber der drohenden Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches für den Manteltarif. Sie denkt offensichtlich nicht daran, dagegen irgend etwas zu unternehmen, obwohl die Bedingungen für erfolgreichen Abwehrstreik in den Druckereien ohne weiteres gegeben wären. Vielmehr weist der Vorstand in der neuesten Ausgabe des „Korrespondent" seine Mitglieder darauf hin, „daß bis zur Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums der bisherige Tarifvertrag in arbeitsrechtlicher Nachwirkung unveränderte Gültigkeit hat für jeden einzelnen Arbeitsvertrag." Das ist eine Täuschung der eigenen Mitglieder, denn, wie schon erwähnt, wird man auf die Verbindlichkeitserklärung des verschlechterten Manteltarifs nicht lange zu warten brauchen. Pflicht der Gewerkschaft bzw. der Verbandsführung wäre es gewesen, die Zeit zwischen der Fällung des Schiedsspruches und der jetzigen Nachverhandlungen auszunutzen und die gesamte Kollegenschaft zum entschlossenen Abwehrkampf aufzurufen. **Aber auch jetzt gilt es, trotz wahrscheinlicher Verbindlichkeitserklärung in allen Betrieben jeder Tarifverschlechterung den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.**

In dem für die graphischen Hilfsarbeiter gefällten Schiedsspruch ist bekanntlich der bisherige Tarif um ein halbes Jahr verlängert worden. Die Unternehmer haben diesen Schiedsspruch abgelehnt, während er von Gewerkschaftsseite angenommen und dessen Verbindlichkeitserklärung beantragt wurde. Darüber wird ebenfalls am Sonnabend im Reichsarbeitsministerium verhandelt.

Streikabstimmung in den Wurstfabriken

In den Berliner Wurstfabriken haben die Unternehmer ebenfalls den Tarif zum 30. April gekündigt und verlangen einen **Lohnabbau von 20–30 Prozent sowie entscheidende Verschlechterungen des Manteltarifs.** Die Unternehmer haben Verhandlungen selbst mit den Gewerkschaftsvertretern abgelehnt und fordern bedingungslose Durchführung ihrer unverschämten Forderungen.

Die Arbeiter sind nicht gewillt, diesen Lohnraub kampflos hinzunehmen. Es wurden in einer Anzahl der größten Betriebe Streikabstimmungen durchgeführt, wobei sich **überall eine erdrückende Mehrheit für den Streik ergab.** Bei der Firma Koschwitz haben 141 für, 2 gegen den Streik gestimmt. Bei Ziegler in Weißensee von 85 Mann 78 dafür und 6 dagegen.

Wieder Lohnabbau bei den Möbeltransporteuren

Seit fast zwei Jahren werden im Berliner Möbeltransportgewerbe immer nur ganz kurzfristige Lohntarife abgeschlossen, und jeder Tarifablauf wird von den Unternehmern zu einer neuen Lohnverschlechterung benutzt, wobei ihnen bisher die Schlichtungsbehörde eifrigen Beistand leistete. Allein im letzten Jahr wurde den Möbeltransporteuren der Lohn um 25 Prozent gekürzt. **Die Unternehmer verlangen jetzt einen nochmaligen Abbau der Wochenlöhne der ständigen Arbeiter von 49 auf 44 Mark und der Löhne der unständigen Arbeiter von 9,80 auf 7,50 Mark pro Tag.** Des weiteren sollen alle Sonderzuschläge für Transporte von Geldschränken, Flügeln usw. bis zu 60 Prozent abgebaut und der Ueberstundenzuschlag gänzlich beseitigt werden. Den Ueberlandfahrern sollen die Spesen erheblich gekürzt werden.

Gegenüber diesen unverschämten Unternehmerforderungen weisen die Gewerkschaftsführer darauf hin, daß die Möbeltransportfirmen bei der Hochkonjunktur in diesem Frühjahr außergewöhnlich gut verdient und daß die Gewerkschaften trotzdem in dieser Zeit die Situation nicht ausgenutzt und nicht gestreikt hätten. Dieser jetzige Hinweis der Verbandsführer ist nicht nur deplaciert, sondern geradezu beschämend für sie. Es war ein Verbrechen an den Transportarbeitern, daß man bei den großen Aprilumzügen die günstige Situation nicht benutzte, um den so unglaublich herabgesetzten Lohn wieder auf seine frühere Höhe zu bringen. Der jetzige Vorstoß der Unternehmer zeigt, daß sie ihre Klasseninteressen mit der größten Rücksichtslosigkeit wahren und daß die Arbeiter bzw. die Gewerkschaften alle Veranlassung haben, davon zu lernen. Jedes Entgegenkommen seitens der Gewerkschaften wird die Unternehmer nur zu immer noch dreisteren Vorstößen anspornen. Es gibt nur ein Mittel, um die Löhne der Arbeiter zu verteidigen, den rücksichtslosen Kampf mit allen geeigneten Mitteln.

Prozeß „Felsenecke"

Die angeklagten Kolonisten wehren sich

In der Schwurgerichtsverhandlung vom Freitag im Prozeß „Felsenecke" wurde neben anderen der Angeklagte Hohmann vernommen. Hohmann, Kolonist in „Felsenecke", Kommunist und Mitglied des Kampfbundes, verteidigt sich außerordentlich eindrucksvoll. Er ist angeklagt, an einem Zusammenstoß am 15. Oktober beteiligt gewesen zu sein und Polizeibeamte nach den Vorfällen des 18. Oktober tätlich beleidigt zu haben. H. gibt an, gesehen zu haben, wie am 15. Oktober zwei Arbeiter von 15 Nazis niedergeschlagen wurden. Er eilte hinzu, erhielt von dem Nazi Dalchow einen Schlag mit dem Schraubenschlüssel über den Schädel, und hat dann eine Presskohle ergriffen, und diese als Schlagwaffe gebraucht. Das „Kapitalverbrechen" vom 18. Oktober ist menschlich und psychologisch durchaus verständlich. Am 18. Oktober hat H. an einer Kampfabendversammlung teilgenommen. Auf dem Rückweg hörte er am Bahnhof Reinickendorf-Rosenthal 15 Schüsse. Einige Genossen liefen, nichts Gutes ahnend, nach der Schußrichtung und vernahmen Schreie in der Nähe von „Felsenecke". Eine ihm entgegenkommende Frau F. sagte ihm, daß Fritz Klemke von Nazis ermordet worden sei. Da packte ihn Erbitterung und Wut, und als er die Polizeibeamten untätig dabeistehen sah, ging er erregt auf sie zu und schlug auf sie ein.